



Bergbau-Boom mit *Nebenwirkungen*

**Rohstoffsicherung für Deutschland
und die Europäische Union –
Probleme in Kolumbien und Peru**

Tobias Lambert

Brot
für die Welt

FOCL

FIAN

Kampagne
Bergwerk **Perú**
Reichtum geht, Armut bleibt

kolko
Menschenrechte für Kolumbien e.V.

Bergbau-Boom mit Nebenwirkungen

Rohstoffsicherung für Deutschland und die EU - Probleme in Kolumbien und Peru

Tobias Lambert | Berlin, Februar 2012

Herausgeber: Brot für die Welt, FIAN - Food First Informations- und Aktions-Netzwerk, Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e.V., Kampagne „Bergwerk Peru – Reichtum geht, Armut bleibt“, kolko - Menschenrechte für Kolumbien e.V.

© FDCL-Verlag, Berlin, 2012

Gneisenaustraße 2a, D-10961 Berlin, Germany

Fon: +49 30 693 40 29 / Fax: +49 30 692 65 90

eMail: info@fdcl.org / Internet: <http://www.fdcl.org>

Autor: Tobias Lambert

Layout: Mathias Hohmann

Umschlagfotos: Offener Tagebau Tintaya, Cuzco, Peru (David Baggins, flickr.com, CC by-nc-nd 2.0),
LKW mit abgebauter Kohle, Kolumbien (Sebastian Rötters/FIAN)

Druck: agit-druck, Berlin

Gedruckt auf Recycling-Papier (100% Altpapier)

DISCLAIMER: Dieses Projekt wird anteilig gefördert durch die Europäische Union. Der Inhalt der Publikation liegt in der alleinigen Verantwortung der Herausgeber und kann in keiner Weise als Sichtweise der Europäischen Union angesehen werden. Die vorliegende Publikation wurde publiziert im Rahmen des EU finanzierten Projektes Just Trade (www.just-trade.org). Das Projekt plädiert für eine stärkere Politikkohärenz zwischen der EU-Entwicklungs- und Handelspolitik mit Blick auf die Förderung von gerechter und nachhaltiger Entwicklung. Projektpartner sind: Ecologistas en Acción (Spanien), FDCL, Glopolis (Tschechische Republik), Protect the Future (Ungarn) und das Transnational Institute (Niederlande).

ISBN 978-3-923020-57-7

Bergbau-Boom mit Nebenwirkungen

Rohstoffsicherung für
Deutschland und die EU -
Probleme in Kolumbien
und Peru

Tobias Lambert

INHALT

Editorial	3
1 Einleitung	5
2 Rohstoffkonsum: Europa als überdurchschnittlicher Verbraucher	6
3 Politik für Unternehmen: Die Rohstoff-Strategien der EU und Deutschlands	8
3.1 Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit als oberstes Ziel: Global Europe und Europe 2020	8
3.2 Raw Materials Initiative: Sicherung der Rohstoffe für Europa	9
3.3 Erfolg für die Industrie: Die deutsche Rohstoffstrategie	10
3.4 Auswirkungen auf die Förderländer: Exportsteuern und Investitionen	11
3.5 Zusammenfassung	13
4 Bergbau in Lateinamerika: Boom mit Nebenwirkungen	15
4.1 Freihandel mit Kolumbien und Peru: Anwendung der RMI in Lateinamerika	16
4.2 Kolumbien: Menschenrechtsverletzungen mit und ohne Bergbauboom	16
4.2.1 Kolumbianische Kohle für Deutschland	18
4.2.2 Kanadisches Unternehmen scheitert mit Gold-Tagebau	19
4.3 Peru: Mehr Regulierung durch Regierungswechsel?	20
4.3.1 Kupfer aus Peru: Die Bevölkerung vor Ort profitiert nicht	20
4.3.2 La Oroya: Niemand haftet für Umweltschäden	21
5 Alternativen	23
5.1 New Green Deal: Auch ein grüner Kapitalismus braucht Rohstoffe	24
5.2 Transparenz als erster Schritt: Die Extractive Industries Transparency Initiative (EITI)	24
5.3 Das Dodd-Frank-Gesetz: Verbindliche Vorschriften als Vorbild für die EU?	25
5.4 Alter Extraktivismus, Neuer Extraktivismus, Post-Extraktivismus?	
Die Debatte um Alternativen in Lateinamerika	26
Literatur	29
Endnoten	33

EDITORIAL

Rohstoffpolitik war bis vor wenigen Jahren noch ein reines Expertenthema. Das hat sich mittlerweile grundlegend geändert: Die wichtigsten Industrieländer sorgen sich um „ihre Rohstoffversorgung“. Angesichts der relativen Verknappung einzelner Bodenschätze, gestiegener Rohstoffpreise und dem zunehmenden Konkurrenzkampf mit aufstrebenden Volkswirtschaften wie China oder Indien messen sie dem Zugang zu Rohstoffen eine geostrategische Bedeutung zu. Auch die Europäische Union (EU) und Deutschland haben in den letzten Jahren Strategien verabschiedet, um sich den Zugang zu knapper werdenden Ressourcen zu niedrigen Preisen sichern.

Doch gerade der Rohstoffsektor weist vielerorts eine verheerende Menschenrechts- und Umweltbilanz auf, während die Menschen in den Förderregionen selten vom Rohstoffreichtum profitieren. Im Gegenteil tragen sie und die Gesellschaft als Ganzes weitgehend die Umwelt Risiken und sozialen Folgen. Nutzen aus der Rohstoffförderung ziehen vor allem internationale Unternehmen und mit ihnen zusammen arbeitende lokale Akteure.

Die Konflikte in den rohstoffexportierenden Ländern nehmen zu. Die kritische Zivilgesellschaft beschäftigt sich mittlerweile intensiv mit dem Thema. In Lateinamerika arbeiten zahlreiche Nichtregierungsorganisationen (NGOs) zum Thema Rohstoffe und den Auswirkungen auf Menschen und Umwelt, in einigen Ländern gibt es nationale Netzwerke. Manche dieser NGOs werden seit Jahren von der internationalen Zivilgesellschaft unterstützt. Das Observatorio de Conflictos Mineros de América Latina

(OCMAL), ein Zusammenschluss von über 40 NGOs, die sich dem Bergbau in der Region in seiner jetzigen Form widersetzen, zählt im Bergbaubereich 155 größere Konflikte zwischen lokaler Bevölkerung und Unternehmen in Lateinamerika, die 168 verschiedene Projekte und 205 Ortschaften betreffen. Es geht sowohl um mineralische und energetische wie um biologische Rohstoffe.

Auch in Europa nimmt das Interesse zu: Um über die Auswirkungen des Rohstoffabbaus auf Menschenrechte, Umwelt und Entwicklung zu diskutieren, luden Brot für die Welt, das Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile Lateinamerika (FDCL), FIAN Deutschland, die Kampagne „Bergwerk Peru – Reichtum geht, Armut bleibt“, kolko – Menschenrechte für Kolumbien, Misereor und die Heinrich Böll Stiftung am 26. Oktober 2011 zu einer Tagung nach Berlin. Unter dem Motto „Rohstoffe aus dem Andenraum für Deutschland. Wer trägt die Verantwortung für die Folgen des Bergbaus in Kolumbien und Peru?“ nahmen etwa 80 Teilnehmer_innen aktiv an den Diskussionen teil.

Aufgrund der wachsenden Probleme wird das Thema Rohstoffe auch zukünftig an Bedeutung zunehmen. Dabei gibt es eine Fülle von Teilaspekten. Bei der Ausbeutung von Rohstoffen werden Menschenrechte verletzt und die Umwelt im großen Maße geschädigt. Auch Sicherheits- und wirtschaftspolitische Aspekte sind relevant, denn der Rohstoffabbau wirkt sich auf die entwicklungspolitischen Möglichkeiten der Länder extrem aus.

In der vorliegenden Broschüre geht es um Probleme, die aus der Ausbeutung und dem

Handel mit Rohstoffen resultieren, vor allem im Hinblick auf Menschenrechte sowie den sozialen und ökologischen Bereich. Aufgrund der Vielfalt von Ressourcen und Ländern, wurden beispielhaft die Rohstoffe Kupfer, Gold und Kohle (Bergbau) gewählt. Bei den Ländern beschränken wir uns auf Kolumbien und Peru, da die Problematik hier besonders hervorsticht und sich aktuell Freihandelsverträge mit der EU im Ratifizierungsprozess befinden.

In Kolumbien und Peru sind Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung als Folge des expandierenden Bergbausektors an der Tagesordnung. Das Fehlen von Mechanismen demokratischer Mitbestimmung und fehlende Teilhabe bei den Abbauprojekten, die grundlegende Veränderungen für den Lebensalltag der Bevölkerung und ihrer wirtschaftlichen Grundlage nach sich ziehen könnten, sind weitere Probleme. Peru ist bereits ein bedeutender Exporteur von Bodenschätzen und Kolumbien erklärte den

Bergbausektor unlängst zum „Entwicklungsmotor“. Beide Länder setzen auf Entwicklungsmodelle, in denen Rohstoffexporte eine tragende Rolle spielen.

Das Bestreben des Nordens, für sich den günstigen Zugang zu Rohstoffen zu sichern, schlägt sich beispielhaft in der Rohstoffstrategie der Bundesregierung und der „Rohstoffinitiative“ der Europäischen Union nieder. Dagegen finden die Auswirkungen des Bergbaus auf Menschenrechte, Umwelt und Entwicklung in den rohstoffexportierenden Ländern wenig bis gar keine Beachtung.

Die Beispiele aus Peru und Kolumbien zeigen die dringende Notwendigkeit auf, intensiv über Alternativen zum industriellen Bergbau zu diskutieren. Mit der zunehmenden Aufmerksamkeit, die kritische NGOs und soziale Bewegungen dem Thema widmen, ist ein Anfang gemacht.

KAPITEL 1

EINLEITUNG

Die Europäische Union hängt wirtschaftlich vom Import von Rohstoffen ab. Dabei geht es nicht nur um Energieträger wie Erdöl, Gas oder Kohle, sondern auch um nicht-energetische mineralische Rohstoffe wie Erze und Metalle. Die Industrie sieht deren freie Verfügbarkeit als gefährdet an. Auf Druck von Unternehmen hin haben sowohl die Europäische Union als auch Deutschland in den letzten Jahren Rohstoffstrategien entwickelt, in deren Mittelpunkt die Sicherung von Rohstoffen steht. Als Hauptproblem der Rohstoffversorgung machen die Europäische Kommission und die Bundesregierung Wettbewerbsverzerrungen wie die Anwendung von Exportsteuern und Beschränkung von Investitionen in den Förderländern aus. Die Interessen der rohstoffreichen Länder, deren Bevölkerungen in den meisten Fällen bisher nicht von den Rohstoffen profitieren konnten, werden dabei kaum berücksichtigt. Gerade der Bergbausektor weist häufig eine verheerende Menschenrechts- und Umweltbilanz auf. Die negativen externen Effekte der Rohstoffausbeutung fallen in den Förderländern an, die sozialen Kosten werden im Preis eines Rohstoffes hingegen nicht abgebildet.

Die vorliegende Publikation stellt am Beispiel von Kolumbien und Peru die negativen Auswirkungen der europäischen und deutschen Roh-

stoffpolitiken im Bergbau-Sektor dar. Dazu wird zunächst ein Blick auf den weltweiten Konsum und die Verwendung von Rohstoffen geworfen. Anschließend werden die europäische „Rohstoffinitiative“ und die „Rohstoffstrategie der Bundesregierung“ vorgestellt und ihre Auswirkungen auf die Förderländer des globalen Südens analysiert. Am Beispiel Kolumbien und Peru sollen dann einige der gravierenden Probleme dargestellt werden, die der industrielle Bergbau mit sich bringt. Mit beiden Ländern hat die EU ein Freihandelsabkommen ausgehandelt, das der Rohstoffindustrie weiteren Auftrieb geben wird. Zum Schluss sollen einige Lösungsansätze für eine gerechtere Verteilung der Einnahmen aus dem Bergbau und die Verringerung der Schäden sowie die Debatte über Alternativen zum derzeitigen Rohstoffmodell vorgestellt werden, wie sie in Lateinamerika geführt wird.

Das Thema Rohstoffe hat unterschiedliche Dimensionen. Es umfasst menschenrechts-, umwelt-, sicherheits-, entwicklungs- und wirtschaftspolitische Aspekte. Hier soll es um Probleme gehen, die aus der Ausbeutung von und dem Handel mit Rohstoffen resultieren, vor allem im Hinblick auf Menschenrechte sowie den sozialen und ökologischen Bereich. Der Schwerpunkt liegt auf Rohstoffen aus dem Bergbau, wie Kupfer, Gold und Kohle.

KAPITEL 2

ROHSTOFFKONSUM: EUROPA ALS ÜBERDURCHSCHNITTLICHER VERBRAUCHER

Die Zeiten billiger und scheinbar im Überfluss vorhandener Rohstoffe sind vorbei. Obwohl heute 30 Prozent weniger, erneuerbare und endliche, natürliche Ressourcen nötig sind, um einen Euro zu erwirtschaften als 30 Jahre zuvor, steigt deren Verbrauch nach wie vor an (Friends of the Earth 2009: 23). Aufgrund des hohen Verbrauchs in den industrialisierten Ländern sowie des Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstums in Schwellenländern wie Brasilien, Indien oder China, werden Preisniveau und Konsum auch zukünftig steigen.

Die Europäische Union (EU) produziert und exportiert hauptsächlich verarbeitete Güter, wofür sie stark von importierten Rohstoffen abhängt. Etwa 70 Prozent der EU-Importe sind Rohstoffe oder Zwischenprodukte, während ärmere Länder des globalen Südens überwiegend unverarbeitete Rohstoffe exportieren (WTO 2010: 58). Wirtschaftssektoren wie die Auto- und Chemieindustrie oder das Bauwesen hängen vom

Import zahlreicher Rohstoffe ab, die innerhalb der EU nicht oder nur in geringem Maße vorhanden sind (European Commission 2008: 3)¹. Die Abhängigkeit umfasst sowohl Energieressourcen wie Öl und Gas als auch Mineralien, Metalle oder Holz. Um ein Mobiltelefon herzustellen sind beispielsweise 40 unterschiedliche Rohstoffe notwendig, für einen Computer sogar 60 (Bleischwitz / Pfeil 2009: 23). Nach Angaben des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) werden 80 Prozent der Rohstoffe, die Deutschland importiert, als verarbeitete Produkte wieder exportiert (BDI 2007: 6).

Ein durchschnittlicher EU-Bürger verbraucht 43 Kilogramm Rohstoffe pro Tag. In Asien sind es 14 Kilogramm und in Afrika zehn. Wenn gleich andere Regionen wie Nordamerika (90 kg pro Kopf und Tag) und Ozeanien (100 kg) nochmal deutlich mehr verbrauchen, ist die EU ein überdurchschnittlicher Verbraucher von Rohstoffen. Etwa 23 Prozent der weltweit gehan-

ROHSTOFFE

Rohstoffe sind die materielle Grundlage der industrialisierten Wirtschaft. Seien es Kabel, Baumaterialien, Elektronikprodukte, Maschinen, Kleidung, Lebensmittel oder Verpackungsmaterialien: Es gibt keine Gebrauchsgüter, die im Verlauf ihrer Herstellung nicht auf Rohstoffe angewiesen sind. Diese werden in der Regel in drei Gruppen unterteilt: Energieträger, mineralische Rohstoffe (Erze und Metalle) sowie Agrargüter. Zu den Energieträgern zählen vor allem Erdöl, Erdgas und Kohle. Das Spektrum der mineralischen Rohstoffe ist vielfältig und umfasst zum Beispiel Eisen, Nichteisenmetalle wie Aluminium, Blei, Kobalt, Kupfer, Zink und seltene Erden sowie Edelmetalle wie Gold, Silber oder Platin. Agrargüter sind nachwachsende Rohstoffe, wie Getreide, Kaffee oder Baumwolle. Mit 59 Prozent aller Metalle und Erze, 63 Prozent der Kohle und 64 Prozent des Erdöls stammt ein Großteil der Rohstoffe aus ärmeren Ländern (EvB 2011: 26 ff.).



KUPFERERZKONZENTRAT IN DER ANLAGE VON EUROPAS GRÖSSTEM KUPFERPRODUZENTEN (FOTO: AURUBIS AG, WWW.AURUBIS.COM)

delten Rohstoffe werden von der EU importiert, die somit die Region mit den höchsten Netto-Importen von Rohstoffen darstellt (WTO 2010: 59 und Friends of the Earth 2009: 21f.).

Am besten verdienen daran transnationale Konzerne. Von allen Geschäftsbereichen sind die Gewinnmargen in der Bergbauindustrie weltweit am höchsten (De Echave 2011: 64). Rohstoffe sind jedoch endlich und deren Ausbeutung zieht bisher in den meisten Fällen verheerende Folgen nach sich. Negative externe Effekte wie Menschenrechtsverletzungen, die Verseuchung von Luft, Wasser und Böden sowie schlechte Arbeitsbedingungen treffen in

erster Linie ressourcenreiche Regionen in Ländern in Afrika, Asien und Lateinamerika. Wenn gleich der Wunsch vieler Länder des Südens, die westlichen und nördlichen Konsummuster zu kopieren, verständlich ist, ist das klassische Wachstumsmodell nicht in der Lage, diese negativen Effekte zu minimieren. Das im globalen Norden bestehende Wirtschaftssystem, das auf einem enorm hohen Rohstoffverbrauch basiert, ist die grundlegende Ursache des Problems. Der Lösungsansatz der EU und Deutschlands besteht bisher jedoch darin, die Anstrengungen zur Sicherung von Rohstoffen für die eigene Industrie zu erhöhen.

KAPITEL 3

POLITIK FÜR UNTERNEHMEN: DIE ROHSTOFF-STRATEGIEN DER EU UND DEUTSCHLANDS

Rohstoffpolitik galt lange Zeit als Nischenthema. In den vergangenen Jahren hat die EU ihre Anstrengungen, eine kohärente Rohstoffstrategie zu entwickeln, jedoch deutlich gesteigert. Da die Verfügbarkeit über Rohstoffe als unabdingbar für die Wettbewerbsfähigkeit Europas angesehen wird und die Industrie auf mehr europäisches Engagement gedrängt hatte, ist das Thema mittlerweile in den Fokus der Politik gerückt. Im Jahr 2008 stellte die Europäische Kommission mit der „Rohstoffinitiative“ (Raw Materials Initiative, RMI) erstmals eine gemeinsame europäische Rohstoffpolitik vor, die den Zugang europäischer Unternehmen zu wichtigen Rohstoffen sicherstellen soll. Anfang 2011 wurde die Strategie aktualisiert.

3.1 Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit als oberstes Ziel: Global Europe und Europe 2020

Den Rahmen für die derzeitige Rohstoffpolitik bilden die breiter angelegten Strategien „Global Europe“ von 2006 und deren Nachfolgerin „Europe 2020“ von 2010. Das Hauptziel von „Global Europe - Competing the World“ lag in der Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen aus der EU. Im Rahmen von Freihandelsverträgen und den WTO-Verhandlungen sollten Märkte für die EU geöffnet und die Bereiche Dienstleistungen, Investitionen und öffentliche Ausschreibungen liberalisiert werden. Die Kommission erwähnt in Global Europe auch die Bedeutung von Rohstoff-Importen für europäische Unternehmen (European Commission 2006: 7).

Im Jahr 2010 veröffentlichte die Kommission „Trade, Growth and World Affairs“ als Teil der Europe-2020-Strategie, der „Wachstumsstrategie für das kommende Jahrzehnt“². „Trade, Growth and World Affairs“ hält an den bereits zuvor formulierten Zielen der Liberalisierung von Handel, Dienstleistungen, Investitionen und öffentlichem Auftragswesen fest. Da der Zugang zu Rohstoffen von strategischer Bedeutung für die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft sei, werde sich die EU „weitestgehend auf die derzeitigen Handelsregeln stützen, die Schaffung eines Überwachungsinstruments für Ausfuhrbeschränkungen weiterverfolgen“ und sich „in den laufenden bilateralen Verhandlungen auf Regeln verständigen sowie die Möglichkeiten multi- und plurilateraler Vorschriften weiter sondieren“ (European Commission 2010b: 8). Ziel sei es, „die völlige Übereinstimmung mit den Entwicklungszielen der Armutsbeseitigung und der verantwortungsvollen Staatsführung zu gewährleisten“ (ebd.).

„Trade, Growth and World Affairs“ bekräftigt die Prinzipien, welche die EU in Verhandlungen über Freihandel schon längst anwendet. Neu ist lediglich das Bekenntnis, auch mit einzelnen Ländern verhandeln zu wollen, sofern es nicht möglich ist mit Länderblöcken zu verhandeln (Paasch 2011). Tatsächlich findet jedoch auch dies längst statt: Die EU führte oder führt bereits Verhandlungen mit Kolumbien und Peru (statt mit der Andengemeinschaft), Singapur und Malaysia (statt mit dem Verband Südostasiatischer Nationen, ASEAN) und einzelnen afrikanischen Ländern.

3.2 Raw Materials Initiative: Sicherung der Rohstoffe für Europa

Im Rahmen von Global Europe veröffentlichte die Kommission die erste gemeinsame europäische Rohstoff-Strategie im November 2008. Die Raw Materials Initiative (RMI) basiert auf drei Säulen: Sicherung des Zugangs zu Rohstoffen auf den Weltmärkten ohne Wettbewerbsverzerrungen, Förderung der nachhaltigen Versorgung durch Rohstoffe aus europäischen Quellen und Reduzierung des europäischen Verbrauchs primärer Rohstoffe (European Commission 2008: 5f.). Laut RMI sei für die Wettbewerbsfähigkeit der EU ein diskriminierungsfreier Zugang zu Rohstoffen, also zu den gleichen Bedingungen wie wirtschaftliche Konkurrenten, unabdingbar. Strategisch wichtige Rohstoffe seien jedoch „zunehmend von Marktverwerfungen betroffen“ (ebd.: 2.). Als Hauptproblem macht die EU also Wettbewerbsverzerrungen aus. Die erste Säule ist nicht nur in der RMI die mit Abstand am weitesten ausgearbeitete. Auch in anderen Dokumenten wie „Global Europe“, „Trade, Growth and World Affairs“ und dem „Raw Materials Policy 2009 Annual Report“ werden Wettbewerbsverzerrungen als Problem genannt, während etwa die Reduzierung des eigenen Konsums nur als Randthema behandelt wird. Die Kommission schlägt in der RMI eine „Rohstoffdiplomatie“ vor, um den Zugang zu natürlichen Ressourcen zu sichern. Im Rahmen von WTO-Verhandlungen und Freihandelsverträgen soll dies eine Priorität darstellen und Wettbewerbsverzerrungen wie Exportsteuern sollen beseitigt werden (ebd.: 7).

Im Juni 2010 veröffentlichte die Kommission einen Bericht, der 41 Mineralien und Metalle analysiert. Als Ergebnis werden bei 14 für die EU wichtige Rohstoffe Engpässe bei der Verfügbarkeit befürchtet³. Die Sorge gilt dabei ausschließlich den Auswirkungen der Engpässe für die europäische Wirtschaft, nicht den bei der Förderung verursachten Umweltschäden oder Menschenrechtsverletzungen (European Commission 2010a).

Die im Februar 2011 veröffentlichte Mitteilung der Kommission „Tackling the Challenges in Commodity Markets and on Raw Materials“ aktualisiert die RMI im Rahmen von „Europe 2020“. Die neue Mitteilung stellt das Thema Rohstoffe in einen breiteren Rahmen, bekräftigt aber die bereits in der RMI ausformulierten Prinzipien, wenn auch mit einigen kleinen Veränderungen: Zunächst wird eine Verbindung zwischen der hohen Preisvolatilität auf den Rohstoffmärkten und der Spekulation betont sowie mehr Transparenz und Regulierung der Märkte gefordert (European Commission 2011: 6). Es wird hervorgehoben, die EU wolle ärmeren Ländern helfen „umfassende Reformprogramme zu erarbeiten, in denen Ziele wie die Verbesserung der Besteuerungssysteme für den Bergbau und die Erhöhung der Transparenz von Geldquellen und Verträgen oder der Fähigkeit, Einnahmen zur Unterstützung von Entwicklungszielen zu verwenden, eindeutig benannt werden“ (ebd.: 15). Ebenfalls neu ist, dass die Kommission als Ziel ausgibt, Entwicklungspolitik solle sich „auch auf die Vernetzung der Abbaubetriebe mit der örtlichen Wirtschaft konzentrieren, und zwar durch Verbesserung der Wertschöpfungs-

kette und eine größtmögliche Diversifizierung". Freihandelsabkommen sollten „zur Erreichung dieses Ziels ausreichend flexibel gestaltet werden" (ebd.: 16).

Dennoch geht es jenseits der leicht abgemilderten Rhetorik auch in der Aktualisierung der RMI letztlich um den vorteilhaftesten Zugang zu Rohstoffen für die EU. Wettbewerbsverzerrungen werden als „wachsende Sorge" bezeichnet (ebd.: 6). Es wird betont, dass die EU „im Rahmen aller relevanten Verhandlungen, ob bilateral oder multilateral [...] Handelsregeln für Ausfuhrbeschränkungen vorgeschlagen" hat (ebd.: 12). Die zweite und dritte Säule bekommen in Aktualisierung der RMI etwas mehr Aufmerksamkeit. Die auf den Handel bezogenen Aspekte des Zugangs zu Rohstoffen stehen jedoch nach wie vor im Fokus der EU-Rohstoffstrategie.

3.3 Erfolg für die Industrie: Die deutsche Rohstoffstrategie

Zusätzlich zur europäischen RMI hat Deutschland eine eigene Rohstoff-Strategie entwickelt. Im Oktober 2010 veröffentlichte das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) die „Rohstoffstrategie der Bundesregierung. Sicherung einer nachhaltigen Rohstoffversorgung Deutschlands mit nicht-energetischen mineralischen Rohstoffen". Wenngleich diese ressortübergreifend ausgearbeitet wurde, spielte das BMWi von allen beteiligten Ministerien die bedeutendste Rolle in der Entstehung des Papiers. Die deutsche Rohstoffstrategie hat ebenso wie die RMI der EU die Reduzierung von Handelsbarrieren zum Ziel. Die Anwendung von Exportrestriktionen wird als Bedrohung dargestellt, und könne „mittelfristig Wachstum und Beschäftigung in Deutschland gefährden" (BMWi 2010: 9). Um die Sicherung der Rohstoffversorgung zu gewährleisten bietet die Bundesregierung Unternehmen staatliche Instrumente wie Garantien für ungebundene Kredite, Investitionsgarantien und Exportgarantien an (ebd.: 10).

Zwar erklärt die Bundesregierung, „dass nachhaltige Entwicklung sowie wirtschaftlicher und

sozialer Fortschritt ohne gute Regierungsführung, ohne Achtung der Menschenrechte und ohne Beachtung ökologischer und sozialer Standards nicht möglich ist" (BMWi 2010: 8). Konkrete Vorschläge, wie dies bei der Rohstoffförderung jenseits freiwilliger Leitlinien garantiert werden könnte und welchen Anteil Deutschland daran leisten will, macht sie allerdings nicht.

Themen wie Transparenz oder Recycling kommen in der Strategie zwar vor, werden jedoch weiter hinten vergleichsweise kurz abgehandelt. Die Frage der Transparenz wird weitgehend in die Zuständigkeit des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gelegt (ebd.: 23). Recycling, Substitution von Rohstoffen und Materialeffizienz werden zwar als wichtig erachtet, verbindliche Ziele oder Regulierungsvorschläge für die Industrie jedoch nicht formuliert.

Als konkrete in der Strategie erwähnte Maßnahme wurde im Oktober 2010 die Deutsche Rohstoffagentur als Beratungseinrichtung und Schnittstelle zwischen Regierung und Unternehmen bei der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe gegründet (ebd.: 20). Zudem sieht die Strategie vor, zukünftig auch auf bilaterale Rohstoffpartnerschaften zu setzen (ebd.: 24). Das erste Beispiel einer Umsetzung ist die Mongolei, wo Bundeskanzlerin Angela Merkel im Oktober 2011 ein Rohstoffabkommen mit der dortigen Regierung schloss⁴. Im Februar 2012 folgte Kasachstan, ein Land, dem selbst das Auswärtige Amt eine negative Menschenrechtsbilanz bescheinigt⁵. Bundesregierung und deutsche Industrie erhoffen sich in beiden Fällen den besseren Zugang zu zahlreichen Rohstoffen, unter anderem den begehrten seltenen Erden⁶.

Insgesamt trägt die deutsche Rohstoffstrategie deutlich die Handschrift des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI). Dieser hatte seit Jahren Lobbyarbeit zugunsten einer deutschen und europäischen Rohstoffstrategie gemacht. An der Ausarbeitung der deutschen Rohstoffstrategie hat der BDI seit dem ersten Rohstoffkongress der damaligen rot-grünen Bundesregierung 2005 in einem „engen Dialog" mitgewirkt (Bundesregierung 2007: 5). Im Jahr 2007 hatte der BDI in einem Bericht ein höheres

Engagement der Politik gefordert. Darin hieß es, die Bundesregierung solle durch Instrumente der Handels-, Außenwirtschafts-, Außen- und Entwicklungspolitik die Versorgung deutscher Unternehmen mit Rohstoffen verbessern (BDI 2007: 18 ff.). Kurz darauf stellte die Bundesregierung ihre „Elemente einer Rohstoffstrategie der Bundesregierung“ vor, die grundlegende Forderungen des BDI aufgreifen (Bundesregierung 2007). Ebenso verhält es sich mit der 2010 vorgestellten Rohstoffstrategie, die den Interessen der Industrie entspricht, die Auswirkungen auf die Förderländer aber weitgehend ausblendet. Zahlreiche deutsche Nichtregierungsorganisationen kritisierten die Strategie der Bundesregierung in einer zeitgleich veröffentlichten Stellungnahme⁷.

DER BDI

Der Bundesverband der deutschen Industrie (BDI) ist eine Lobbyorganisation, die die Interessen der Industrie gegenüber Politik und Öffentlichkeit vertritt. Mitglieder sind 38 Branchenverbände der Industrie und industrienaher Dienstleistungsbranchen, die insgesamt 100.000 Unternehmen umfassen⁸. Als Ziele gibt der BDI die Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und des Industrielandes Deutschland, ein höheres und nachhaltigeres Wachstum sowie eine Beschränkung staatlichen Einflusses auf die Wirtschaft an. Laut Selbstdarstellung sorgt der BDI unter anderem für „die politische Flankierung internationaler Markterschließung“⁹.

3.4 Auswirkungen auf die Förderländer: Exportsteuern und Investitionen

Ressourcenreiche Länder hängen häufig vom Export weniger Rohstoffe ab, in manchen Fällen sogar vom Export eines einzigen. Die für den Rohstoffmarkt charakteristischen Preisschwankungen erschweren makroökonomische Planung. In Zeiten hoher Preise tendieren Re-

gierungen häufig zu einer Erhöhung der Ausgaben und der Verschuldung. Die Auswirkungen fallender Preise können für die Wirtschaft anschließend drastische Auswirkungen haben. Ein weiteres Problem ist die sogenannte *Holländische Krankheit*¹⁰: Eine Steigerung der Einnahmen in Folge des Exports eines Rohstoffes ruft eine Überbewertung der eigenen Währung hervor. Andere wirtschaftliche Sektoren, wie etwa die verarbeitende Industrie, verlieren an Wettbewerbsfähigkeit. Exporte werden teurer, Importe billiger, eine Deindustrialisierung ist die Folge (WTO 2010: 91 ff.). Hinzu kommt in der Regel weit verbreitete Korruption bei Regierungen und Unternehmen. Da die Staatseinnahmen in rohstoffreichen Ländern zu einem Großteil auf Exportsteuern und -zöllen statt auf einem transparenten Steuersystem beruhen, sehen Regierungen kaum Anreize, der Bevölkerung gegenüber Rechenschaft über die Verwendung der Einnahmen abzulegen. Transnationale Konzerne wiederum können sich durch verdeckte Zahlungen an korrupte Regierungen Förderverträge sichern (EvB 2011: 302 ff.). Auf legale Art und Weise umgehen Unternehmen zudem häufig die Zahlung von Steuern, indem sie ihre Gewinne kleinrechnen (EvB 2011: 268 ff., Oberland 2011: 6 ff.). Durch ein bestehendes Netz an Tochterfirmen ist es Unternehmen auf dem Papier möglich, aus einem Förderland beispielsweise Rohstoffe zu einem niedrigen Preis in eine Steueroase zu exportieren und von dort dann den tatsächlichen Verkauf an den Endkunden zu tätigen. Dadurch sind im Förderland selbst weniger Einnahmen zu versteuern. Dieses so genannte *Transfer Pricing* ist aufgrund fehlender Regulierung in der Regel vollkommen legal (ebd.). Nach unterschiedlichen Schätzungen belaufen sich die Steuerverluste der ärmeren Länder, die durch die Steuerminimierung von Unternehmen verursacht werden, auf deutlich mehr als die weltweit jährlich gezahlten 129 Milliarden US-Dollar aus der Entwicklungszusammenarbeit (EvB 2011: 280).

Im sozialen und ökologischen Bereich verursacht die Ausbeutung von Rohstoffen häufig gravierende Schäden und Konflikte. Der viel zitierte „Ressourcenfluch“ tritt jedoch nicht zwangsläufig ein. Rohstoffreiche Länder könnten durchaus

von ihrem Reichtum profitieren und die Einnahmen dazu verwenden, die Situation der Bevölkerung in Bereichen wie Ernährung, Gesundheit oder Bildung zu verbessern, die eigene Industrialisierung voranzutreiben und die Wirtschaft zu diversifizieren. Norwegen (Erdöl) und Botswana (Diamanten) bieten Beispiele für eine in dieser Hinsicht erfolgreichere Rohstoffpolitik. In den meisten Fällen profitieren jedoch in erster Linie korrupte Eliten.

Die EU-Politik erschwert es den Förderländern zudem vorn vornherein, vom Export ihrer Rohstoffe zu profitieren. Die zwei Bereiche, in denen die EU wettbewerbsverzerrende Maßnahmen eliminieren will sind Exportsteuern und ausländische Direktinvestitionen. Auf verschiedenen Ebenen wie der WTO, bei Freihandelsverträgen und Bilateralen Investitionsschutzabkommen wird darüber verhandelt.

Die Anwendung von Exportzöllen kann rohstoffreichen Ländern nutzen, sofern die Mehreinnahmen sinnvoll verwendet werden. In Europa selbst war die Verwendung von Exportsteuern ein wichtiges Instrument zugunsten der industriellen Entwicklung (Third World Network 2009: 3). Größere Länder, die eine bedeutende Rolle auf dem Weltmarkt haben, können im Gegensatz zu kleinen Ländern durch die Verwendung von Exportzöllen den Weltmarktpreis für bestimmte Rohstoffe in die Höhe treiben. Auch die Umwelt kann davon profitieren, sofern die Verwendung von Exportzöllen zu einer Verringerung der Exporte und weniger Rohstoffausbeutung führt (Curtis 2010: 17). Die WTO verbietet die Anwendung von Exportbeschränkungen nicht, sieht dieses Instrument aber kritisch (WTO 2010: 160 ff.). Auch die Europäische Kommission erkennt an, dass Exportbeschränkungen „unter bestimmten Bedingungen“ gerechtfertigt sein können (European Commission 2009: 12). Dies gelte aber nur, wenn Exportsteuern mit eindeutigen Regeln und Zielen und für alle Marktteilnehmer zu gleichen Bedingungen angewendet würden.

Dennoch stellt die Beseitigung beziehungsweise Einschränkung dessen, was als „wettbewerbsverzerrende“ Maßnahmen bezeichnet wird, ein prinzipielles Ziel der EU dar. Im September 2009 benannte die Kommission ins-

gesamt 1.233 unterschiedliche Exportrestriktionen in 19 untersuchten Ländern (European Commission 2009: 11). Die meisten der Restriktionen wurden in größeren Ländern wie Argentinien, Ukraine, China, Russland und Südafrika festgestellt, aber auch ärmere Länder, vor allem in Afrika, verwenden Exportrestriktionen.

Der zweite bedeutende Bereich, in dem die EU Regeln durchsetzen will, die den europäischen Konzernen nützen, sind Investitionen. Schutzklauseln für ausländische Investitionen finden sich in bilateralen Investitionsschutzabkommen (Bilateral Investment Treaties, BITs), aber auch in Freihandelsverträgen (Free Trade Agreements, FTAs). Derartige Vereinbarungen sollen ausländische Direktinvestitionen absichern und stehen über dem jeweiligen nationalen Recht. Die EU will vor allem die Bereiche Inländerbehandlung, Investorenschutz und freien Kapitalverkehr implementieren (Curtis 2010: 30). Inländerbehandlung bedeutet, dass einheimische und ausländische Investitionen nicht unterschiedlich behandelt werden dürfen. Der Investorenschutz stattet Investoren mit bestimmten Rechten aus, die den jeweiligen Regierungen für die Implementierung von Politiken, die den Investor betreffen könnten, Schranken setzen. Unternehmen können sich in vielen Fällen gar auf einen „enteignungsgleichen Eingriff“ berufen, wenn zu erwarten ist, dass durch neue Arbeits- oder Umweltgesetze ihre Gewinne vermindert werden. Durch einen freien Kapitalverkehr können Investoren ihre Gewinne aus dem Land transferieren. Dies bedeutet, dass es einer Regierung unmöglich gemacht beziehungsweise deutlich erschwert wird, Kapitalverkehrskontrollen einzuführen, um das Land zum Beispiel vor spekulativem Kapital zu schützen. In der Regel verpflichten sich Staaten mit Unterzeichnung derartiger Abkommen zur Zahlung von Entschädigungen im Falle von Enteignungen. Verstößt ein Staat nach Ansicht eines Unternehmens gegen ein BIT, kann dieses Unternehmen in einem „Investor-Staat-Verfahren“ vor ein internationales Schiedsgericht ziehen, ohne dass zuvor der nationale Rechtsweg erschöpft sein muss. Die meisten dieser Verfahren landen gemäß den konkreten Bestimmungen der jeweiligen Abkommen beim Internationalen Zen-



EU-LATEINAMERIKAGIPFEL IN MADRID 2010 – UNTERZEICHNUNG DES FREIHANDELSABKOMMENS MIT PERU UND KOLUMBIEN (FOTO: ANDINA/SERPRES)

trum für Investitionsstreitigkeiten (ICSID), dem Schiedsgericht der Weltbankgruppe.

Die Ausgangsbedingungen der Kontrahenten sind dabei äußerst ungleich verteilt, da BITs in der Regel zwischen Industrieländern auf der einen und ärmeren Staaten auf der anderen Seite geschlossen werden. Die Industrieländer, allen voran Deutschland, setzen einen bedingungslosen Investorenschutz durch. Im Streitfall können die ärmeren Länder den juristischen Abteilungen großer Konzerne wenig entgegen setzen. Hinzu kommen die Androhung des Abzugs weiterer Investitionen und des Verlustes von Arbeitsplätzen sowie die Signalwirkung für andere Unternehmen. Daher reicht in vielen Fällen bereits die Drohung aus, damit Regierungen präventiv auf etwaige Enteignungen oder enteignungsgleiche Eingriffe verzichten, selbst wenn diese „zum Wohl der Allgemeinheit“ und gegen „angemessene“ Entschädigung (Marktwert) in der Regel möglich wären. Viel wichtiger als der Investorenschutz sind hingegen Mechanismen, die wirksam die Bevölkerung und die Umwelt vor Schäden schützen, die durch einen Investor verursacht werden können.

Da die Versuche, ein multilaterales Investitionsschutzabkommen abzuschließen, gescheitert sind, haben bilaterale Investitionsschutzabkommen in den letzten Jahrzehnten an

Bedeutung gewonnen. Weltweit existieren heute etwa 3.000 BITs. Deutschland hat mit über 140 Staaten derartige Abkommen geschlossen, mehr als jedes andere Land¹¹. Mit Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags der Europäischen Union am 1. Dezember 2009 ging die Kompetenz zur Aushandlung von BITs von den einzelnen Mitgliedstaaten zur EU-Kommission über (Maes 2010: 12). Eine Aufnahme von Pflichten für Investoren ist nicht vorgesehen. Die deutsche Regierung und deutsche Wirtschaftsverbände fordern, dass bei der Vereinheitlichung der bisherigen BITs unter dem Dach der EU-Kommission das investorenfreundliche deutsche Muster-BIT als Vorlage dient (Eberhard 2010: 22f. und Everton, 2010: 14f.).

Die Laufzeit von BITs und FTAs ist in der Regel unbegrenzt. Eine Regierung kann diese zwar kündigen, für bereits getätigte Investitionen gilt der Schutz jedoch bis zu mehrere Jahrzehnte über die Kündigung hinaus. Durch die Unterzeichnung derartiger Verträge riskieren Staaten somit, ihr demokratisches Recht, über Wirtschafts-, Sozial-, und Umweltpolitik zu entscheiden, für lange Zeit stark einzuschränken. Will beispielsweise eine demokratisch gewählte Regierung mit großem Rückhalt in der Bevölkerung Exportsteuern anwenden oder Investitionen beschränken, so wird dies durch die von der EU ge-

wünschten Regeln deutlich erschwert. Letztlich ist es komplizierter FTAs und BITs zu ändern als nationale Verfassungen, die in der Regel durch entsprechende Parlamentsmehrheiten und Referenden reformiert werden können.

Natürlich kann die Beschränkung von Exporten und Investitionen auch negative Effekte für ein Land haben. Um daraus Nutzen zu ziehen erfordert es verantwortungsvoller Politiken und funktionierender Institutionen. Bei korrupten Regierungen und Eliten, die zusätzliche Einnahmen in die eigene Tasche stecken und sich nicht für Arbeits- und Umweltbedingungen der extraktiven Industrien interessieren, werden Bevölkerung und Umwelt kaum profitieren. Sowohl die Verteilung zwischen transnationalen Unternehmen und Regierungen, als auch die interne Verteilung der Einnahmen muss zugunsten der Bevölkerung ausfallen. Im Gegensatz zu dem hier angesprochenen Schiedsgericht und ähnlichen Institutionen fehlen solche juristischen Möglichkeiten für Menschenrechtsverletzungen durch Unternehmen, hier gibt es einen erheblichen Reformbedarf.¹²

3.5 Zusammenfassung

Die Rohstoffstrategien der EU und Deutschlands sind darauf ausgerichtet, die Versorgung der einheimischen Unternehmen mit Rohstoffen zu gewährleisten. Negativen externen Effekten für rohstoffreiche Länder wird hingegen kaum Beachtung geschenkt. Ihnen wird nicht einmal das Recht zugestanden, eine eigene Rohstoffpolitik umzusetzen, um etwa ihre Einnahmen zu erhöhen oder die Umwelt zu schützen, da dies als

„wettbewerbsverzerrend“ angesehen wird. Die zwei Bereiche, in denen die EU und Deutschland wettbewerbsverzerrende Maßnahmen eliminieren wollen, sind Exportsteuern und ausländische Direktinvestitionen. Auf verschiedenen Ebenen wie der WTO, bei Freihandelsverträgen und Bilateralen Investitionsschutzabkommen wird darüber verhandelt. Damit gehen den Förderländern jedoch wichtige politische Gestaltungsmöglichkeiten verloren. Da Exportsteuern und Restriktionen von Investitionen unter günstigen politischen Bedingungen durchaus einem Land nutzen können, dürfen die EU und Deutschland diese nicht per se unterbinden. Andere von der EU vertretene Ziele, wie etwa der Kampf gegen Armut und Menschenrechtsverletzungen, und einige der UN-Millenniumsziele wie eine Verbesserung des Zugangs zu Trinkwasser und Bildung werden durch die RMI offen konterkariert. In der Mitteilung „Tackling the Challenges in Commodity Markets and on Raw Materials“, die im Februar 2011 veröffentlicht wurde, gibt sich die Europäische Kommission rhetorisch zwar etwas milder. Unter anderem erwähnt sie, dass Entwicklungsländer mehr Anteil an der Wertschöpfungskette erhalten und Handelsabkommen in dem Zusammenhang flexibel gestaltet werden sollten. Um die rhetorischen Neuerungen umzusetzen, müsste die EU ihre bisherige Handelspolitik jedoch radikal umstellen. Die in der neuen Mitteilung angesprochene Flexibilität ist nicht ersichtlich. Die RMI ist somit durch ein Fehlen von Kohärenz zu anderen von der EU formulierten Politikzielen gekennzeichnet¹³. Kohärent scheint sie einzig gegenüber den Interessen der deutschen und europäischen Industrie zu sein.

KAPITEL 4

BERGBAU IN LATEINAMERIKA: BOOM MIT NEBENWIRKUNGEN

Die rücksichtslose Ausbeutung natürlicher Ressourcen ist für Lateinamerika nichts Neues. Seit der Eroberung durch europäische Kolonialmächte dient der Kontinent als Lieferant von Rohstoffen. Der Extraktivismus, eine auf höchstmögliche Ausbeutung von Rohstoffen und Agrarland für den Export ausgerichtete Entwicklungsstrategie, prägt die wirtschaftlichen und sozialen Strukturen der meisten Länder des Subkontinents bis heute wesentlich. Derzeit befindet sich der Bergbau in einer Boom-Phase. Lag der Anteil Lateinamerikas am weltweiten Bergbau 1990 noch bei zwölf Prozent, so betrug er 2009 bereits 35 Prozent (Padilla 2011a). Seit gut zehn Jahren ist Lateinamerika die Weltregion, die den größten Teil der Investitionen im Bergbaubereich anzieht. Unter den zehn Ländern mit den höchsten Investitionen befinden sich mit Peru (3.), Mexiko (6.), Chile (7.) und Brasilien (9.) insgesamt vier lateinamerikanische Länder (De Echave 2011: 65 f.). In Folge der Schuldenkrise der 1980er Jahre war den meisten lateinamerikanischen Staaten von Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) als Bedingung für den Erhalt von Krediten eine Deregulierung der Wirtschaft und Verschlankung des Staates auferlegt worden. Dazu gehörte auch die Privatisierung des Bergbausektors. Ein neoliberales Investitionsklima sowie eine schwache Arbeits- und Umweltgesetzgebung zogen transnationale Bergbaukonzerne an. Diese erhielten von den Regierungen der Region häufig noch zusätzlich Steuervorteile und Subventionen, etwa bei Energiekosten und Infrastrukturprojekten (Padilla 2011a). Während die Preise für die meisten Rohstoffe zur Zeit der Privatisierungen niedrig waren, zogen sie in den

darauf folgenden zwei Jahrzehnten heftig an. Die Bevölkerungen profitierten von dem Boom jedoch kaum. Eine offen neoliberale Bergbaupolitik verfolgen heute nur noch wenige Länder in Lateinamerika, darunter Chile und Kolumbien. Auch Peru gehört dazu, wenngleich sich mit dem Regierungswechsel im Juli 2011 der Versuch einer etwas größeren Regulierung abzeichnet.

Gerade der Bergbausektor generiert vergleichsweise geringe staatliche Einnahmen. Doch durch die Verschiebung der Kräfteverhältnisse zugunsten sozialer Bewegungen und (Mitte-) Linksregierungen seit der Jahrtausendwende, konnten einige Länder ihre Einnahmen aus den Rohstoffverkäufen deutlich erhöhen. Dies trifft vor allem auf Venezuela und Bolivien (Erdöl und Gas) zu. Dabei wird jedoch weder das extraktive Wirtschaftsmodell, das auf die größtmögliche Rohstoffausbeutung setzt, in Frage gestellt, noch werden entschlossene Maßnahmen gegen die negativen Auswirkungen dieses Modells eingeleitet. Vielmehr hat sich ein „neuer Extraktivismus“ etabliert, der durch eine Ausweitung der staatlichen Sozialabgaben legitimiert wird. Dieser bringt jedoch nur kurzfristige Vorteile (Gudynas 2009, vgl. Kapitel 5.4).

Sowohl „alter“ als auch „neuer Extraktivismus“ sorgen für zahlreiche soziale und ökologische Probleme und Konflikte, wie etwa die Vertreibung von Menschen, die Zerstörung von Ökosystemen und landwirtschaftlichen Nutzflächen sowie die Verschmutzung von Wasservorräten. Das Observatorio de Conflictos Mineros de América Latina (OCMAL), ein Zusammenschluss von über 40 Nichtregierungsorganisationen, die sich dem Bergbau in der Region in seiner jetzigen

Form widersetzen, zählt im Bergbaubereich 155 größere Konflikte zwischen lokaler Bevölkerung und Unternehmen in Lateinamerika, die 168 verschiedene Projekte und 205 Ortschaften betreffen¹⁴. Am stärksten betroffen sei Peru mit 26 Konflikten, gefolgt von Chile (25), Argentinien (24), Brasilien (21) und Kolumbien (16). In Lateinamerika tätig sind vor allem Bergbauunternehmen aus den USA, Kanada, Australien, der Schweiz und mittlerweile auch China. Als Bezieher lateinamerikanischer Rohstoffe spielt die EU jedoch bereits eine wichtige Rolle. Auch wenn Afrika augenblicklich mehr vom europäischen Rohstoffhunger betroffen ist¹⁵, rückt Lateinamerika zunehmend ins Zentrum des Interesses. Im Lateinamerika-Konzept der Bundesregierung nimmt das Thema der Energie- und Rohstoffversorgung Deutschlands einen wichtigen Stellenwert ein (Auswärtiges Amt 2010: 39). In seiner Bewertung der jüngsten Aktualisierung der RMI, erwähnt der Rat der Europäischen Union Lateinamerika ausdrücklich als Lieferant von Rohstoffen (Council of the European Union 2011: 5). Das Europäische Parlament legt der Kommission in einer im September 2011 verabschiedeten Resolution nahe, die Rohstoffversorgung zu diversifizieren und dabei explizit auch Lateinamerika mit einzubeziehen (European Parliament 2011).

Tatsächlich wendet die EU längst Prinzipien aus der RMI in Verhandlungen mit lateinamerikanischen Ländern an. Im Jahr 2010 unterzeichnete die EU mit Kolumbien und Peru ein Freihandelsabkommen, dass im Bezug auf Exportsteuern und Restriktionen von Investitionen den europäischen Vorstellungen aus der RMI entspricht.

4.1 Freihandel mit Kolumbien und Peru: Anwendung der RMI in Lateinamerika

Auf dem EU-Lateinamerika-Gipfel im Mai 2010 verkündete die EU offiziell den erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen über einen Freihandelsvertrag mit Kolumbien und Peru. Ursprünglich wollte die EU mit der Andengemeinschaft¹⁶ ein Assoziierungsabkommen schließen, das neben Freihandel die Bereiche politischer Dialog und Kooperation umfasst hätte. Da Bolivien und Ecua-

dor unter den vorgegebenen Bedingungen nicht weiter verhandeln wollten, beschloss die EU, nur mit Kolumbien und Peru einen reinen Freihandelsvertrag abzuschließen (Fritz 2010: 5). Das Abkommen erschwert die Anwendung von Exportsteuern erheblich. Diese können nur vorübergehend in besonderen Situationen und wenigen Ausnahmefällen erhoben werden (Art. 25 und 106). Die Investment-Bestimmungen gehen über die Regeln der WTO hinaus und enthalten die Liberalisierung von Investitionen, Patenten, Wettbewerbsrecht und öffentlichem Auftragswesen. Inländerbehandlung für Investoren wird garantiert, so dass die Regierungen keinerlei Restriktionen auferlegen dürfen (Art. 113 und 114). Der freie Kapitalfluss soll gemäß dem Abkommen von allen Ländern zugesichert werden. Restriktionen oder Schutzmaßnahmen dürfen nur vorübergehend und als Ausnahme angewendet werden, aber niemals als Schutzinstrument für einzelne Industrien (Art. 169 und 170).

Das Freihandelsabkommen enthält eine allgemeine Menschenrechtsklausel (Art. 1), die schwächer formuliert ist als jene im Allgemeinen Präferenzsystem (GSP), mit dem die EU ärmeren Ländern bestimmte Zollerleichterungen gewährt. Kolumbien und Peru würden bei Ratifizierung des Freihandelsabkommens aus dem GSP herausfallen. Bevor das Abkommen in Kraft tritt muss es noch ratifiziert werden. Neben dem Europäischen Parlament müssen die nationalen Parlamente Kolumbiens und Perus sowie sämtliche Parlamente der EU-Mitgliedsstaaten zustimmen. Sollte das Abkommen in Kraft treten, wird es extraktiven Industrien wie dem Bergbau zusätzlichen Auftrieb geben, weil es die Rechte von Investoren stärkt.

4.2 Kolumbien: Menschenrechtsverletzungen mit und ohne Bergbauboom

Mehr als 85 Prozent der EU-Importe aus Kolumbien sind Rohstoffe wie Öl, Mineralien und Agrarprodukte. Die Exporte aus der EU nach Kolumbien bestehen hingegen zu fast 90 Prozent aus verarbeiteten Gütern.¹⁷

In Kolumbien werden seit Jahren massiv und systematisch die Menschenrechte verletzt.



MARSCH ZUR ERINNERUNG AN DIE OPFER VON STAATSVREBRECHEN IN KOLUMBIEN AM 6. MÄRZ 2012 IN BOGOTA (FOTO: HUCK/KOLKO)

Auch unter der neuen Regierung von Juan Manuel Santos ist die Situation weiter höchst besorgniserregend.¹⁸ Santos pflegt im Bezug auf Menschenrechte im Vergleich zu seinem Vorgänger zwar eine deutlich positivere Sprache, jedoch hat sich die Situation in seiner Amtszeit beispielsweise für die Situation der Menschenrechtsverteidiger_innen de facto noch verschlimmert. In den vergangenen 25 Jahren wurden mehr als vier Millionen Menschen vertrieben. Nach der Verabschiedung des Gesetzes für Landrückgabe unter der aktuellen Regierung wurden zahlreiche Gemeindesprecher_innen und Menschenrechtsaktivist_innen ermordet, die sich für eine Landrückgabe einsetzen. Menschenrechtsverteidiger_innen werden durch Drohungen, Kriminalisierung und Diffamierungskampagnen massiv daran gehindert, sich für den Schutz der Menschenrechte einzusetzen. Über 500 Gewerkschaftsführer_innen wurden seit 2002 getötet. Damit ist Kolumbien das gefährlichste Land für Gewerkschafter weltweit. Als Folge sind lediglich fünf Prozent der kolumbianischen Arbeiter_innen gewerkschaftlich organisiert. In den vergangenen Jahren tötete das Militär vielfach Zivilist_innen und präsentierte sie als im Gefecht gefallene Guerilleros. Bisher wurden nur ganz wenige Verantwortliche verurteilt. Die Straflosigkeit für Men-

schenrechtsverletzungen ist ein grundlegendes Problem. Darüber hinaus bespitzelte, bedrohte und behinderte der Geheimdienst DAS Journalisten, Politiker_innen und Mitglieder zivilgesellschaftlicher Organisationen, die sich kritisch mit der Regierungspolitik, unter anderem mit dem Freihandelsvertrag auseinander setzten. Auch Mitglieder des Europäischen Parlaments und europäischer NRO waren davon betroffen (Fritz 2010: 6 ff.). Die Durchsetzung einer investorenfreundlichen, exportorientierten Ökonomie, gewaltsame Landnahme durch das Agrobusiness, Erschließung von Bodenschätzen und die Bekämpfung von Gewerkschaften wurden in den vergangenen 25 Jahren maßgeblich durch paramilitärische Gruppen gewährleistet. (Zelik 2009: 205 ff.). Vielfältige Beziehungen zwischen Militär, Geheimdienst, Politikern und Paramilitärs konnten nachgewiesen werden. Würde eine Menschenrechtsklausel, wie sie in dem FTA mit der EU enthalten ist, ernst genommen, müsste sie im Falle Kolumbiens im selben Moment angewendet werden, in dem das Freihandelsabkommen mit der EU in Kraft tritt.

Zwar macht der Bergbau in Kolumbien bisher vergleichsweise geringe 1,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes aus. Doch Bergbaukonzerne haben bereits für mindestens 40 Prozent des gesamten kolumbianischen Territoriums Kon-

zessionen beantragt¹⁹. Die kolumbianische Regierung unterstützt den industriellen Bergbau massiv. Dies gilt sowohl für die Präsidentschaft von Álvaro Uribe Vélez (2002 bis 2010)²⁰, als auch für seinen Nachfolger Santos, der den Bergbausektor zum Motor für die wirtschaftliche Entwicklung erklärt hat.

4.2.1 Kolumbianische Kohle für Deutschland

Kolumbien ist der viertgrößte Kohleexporteur der Welt. 2010 wurden insgesamt etwa 75 Millionen Tonnen gefördert. Gut 95 Prozent davon gehen in den Export, überwiegend nach Europa und in die USA. Laut Regierungsangaben soll die Produktion bis 2019 verdoppelt werden (Fritz 2010: 7). Mit acht Millionen Tonnen ist Kolumbien hinter Russland der zweitgrößte Lieferant des klimaschädlichen Energieträgers nach Deutschland²¹. Wenngleich die RMI der Europäischen Union auf Metalle und Mineralien beschränkt ist, gelten die dort formulierten Prinzipien bezüglich der Erschließung von Reserven auf ähnliche Weise für den Bereich Kohle, auch wenn es dafür keine explizit ausformulierte Strategie gibt. Der Abbau findet fast ausschließlich im Tagebau in den Departamentos La Guajira und Cesar statt, von wo die Kohle auf teilweise über 100 Waggons umfassenden Zügen zu Häfen an der Karibikküste transportiert wird. Etwa 90 Prozent der Kohleförderung wird von drei Unternehmen betrieben: Im Departamento La Guajira fördert das Unternehmen Cerrejón, das zu gleichen Teilen der britischen Anglo American, der australischen BHP Biliton und der schweizerischen Xstrata gehört, jährlich mehr als 31 Millionen Tonnen Steinkohle. Der US-Bergbaukonzern Drummond fördert im Departamento Cesar gut 22 Millionen Tonnen pro Jahr. Das zum schweizerischen Konzern Glencore gehörende Unternehmen Prodeco fördert ebenfalls in Cesar etwa 12 Millionen Tonnen im Jahr. Die im Kohlebergbau tätigen Unternehmen zahlten aufgrund von Abschreibungen im Jahr 2010 durchschnittlich nur vier Prozent Steuern auf ihre Gewinne.²² In Deutschland importieren fast alle kohleverstromenden Unternehmen Kohle aus Kolumbien.

Die Menschenrechtsbilanz im Kohlebergbau fällt äußerst negativ aus. Die Bedrohung und Ermordung von Gewerkschafter_innen fand mit großer Wahrscheinlichkeit häufig mit dem Wissen oder sogar im Auftrag von Bergbauunternehmen statt. Durch zahlreiche Zeugenaussagen gut belegt ist zum Beispiel, dass Mitarbeiter_innen des US-Bergbaukonzerns Drummond, der im Departamento Cesar Steinkohle abbaut, mit Paramilitärs bei der Ermordung von Gewerkschaftern zusammen gearbeitet haben (Zelik 2009: 218 f./ Reis 2009: 18 f.). Als negative Effekte im Kohleabbau kommen schlechte Arbeitsbedingungen, die Missachtung der in der von Kolumbien unterzeichneten ILO-Konvention 169 vorgeschriebenen „freien, vorherigen und informierten Zustimmung“ bei der Konsultation indigener Gruppen, die Verschmutzung von Umwelt und Wasser sowie die Vernichtung von Ackerland hinzu. Viele der Rohstoffvorkommen liegen auf indigenen Territorien.

Aktuell ist der Fall von El Hatillo, das zum Municipio El Paso im Departamento Cesar gehört, besonders dramatisch. Die kleine Ortschaft, die 625 Einwohnerinnen und Einwohner umfasst, ist von vier großen Bergbauprojekten umzingelt. Früher wurde in der Gegend Landwirtschaft betrieben, die während der letzten zehn Jahre allerdings so gut wie zum Erliegen gekommen ist. In unmittelbarer Umgebung von El Hatillo fördern Drummond, Glencore, der brasilianische Konzern Vale und das Unternehmen Colombian Natural Resources, das zu Goldman Sachs gehört, Kohle. Auf die Lebensbedingungen vor Ort hat dies verheerende Auswirkungen. In El Hatillo leiden über die Hälfte der Bevölkerung an chronischen Atemwegserkrankungen durch die erhöhte Feinstaubbelastung. Auch Reizungen von Haut und Augen sind weit verbreitet. Der nahegelegene Fluss wurde umgeleitet und ist stark verschmutzt. Arbeitsplätze für die Mitglieder der Gemeinde bieten die Bergbauprojekte nicht. Gerade einmal 15 Personen aus El Hatillo sind dort angestellt (Holguín 2011). Aufgrund der untragbaren Zustände hat das kolumbianische Umweltministerium die vier in der Umgebung von El Hatillo operierenden Bergbaukonzerne dazu verpflichtet, für eine Umsiedlung der Bewohne-



KOLUMBIEN: EL HATILLO (FOTO: ALIANZA PAS)

rinnen und Bewohner aufzukommen. Obwohl das Ministerium klare Ultimaten gesetzt hatte, ließen die Unternehmen diese verstreichen und haben erst jetzt begonnen, die Umsiedlung in Angriff zu nehmen. Die betroffene Bevölkerung wird dabei nur sehr unzureichend informiert und beteiligt. Die Stadtverwaltung von El Paso wiederum kümmert sich mit Verweis auf die beschlossene Umsiedlung nicht mehr um die Anliegen der Dorfbewohner _ innen (ebd.).

4.2.2. Kanadisches Unternehmen scheitert mit Gold-Tagebau

In der Provinz Soto im nordöstlichen Departamento Santander lagern beachtliche Gold- und Silbervorräte. Die kanadische Firma Greystar will dort im Rahmen des so genannten Angostura-Projekts 15 Jahre lang zwölf Tonnen Gold und 65 Tonnen Silber im offenen Tagebau fördern. In den Departamentos Santander und Norte de Santander verfügt das Unternehmen bereits über Konzessionen von 30.000 Hektar Land²³. Das Gebiet, in dem die wertvollen Edelmetalle zu finden sind, ist die so genannte Hochebene von Santurbán (Páramo de Santurbán), ein sensibles Ökosystem, das nur auf Höhenlagen über 3.000 Meter über dem Meeresspiegel existiert.

Dieses befindet sich in den Anden 55 Kilometer von der regionalen Hauptstadt Bucaramanga entfernt und verfügt über eine große Biodiversität. Ursprünglich wollte Greystar 2011 mit dem Abbau beginnen, aber das gesamte Projekt ist hoch umstritten und trifft auf Widerstand in der Region. Die lokale Bevölkerung wurde bezüglich des Angostura-Projektes, das dem Hochplateau irreversible Schäden zufügen würde, nicht konsultiert. Das kolumbianische Netzwerk gegen große Bergbau-Projekte (RECLAME), ein Zusammenschluss von mehr als 50 Organisationen, warnt aufgrund des im offenen Tagebau verwendeten hochgiftigen Zyanids vor den möglichen Auswirkungen auf die Trinkwasserversorgung in den Städten Bucaramanga und Cúcuta. Bis zu zwei Millionen Menschen könnten durch verschmutztes Wasser bedroht sein²⁴. Im Februar 2011 demonstrierten Kolumbianer _ innen in verschiedenen Städten. Allein in Bucaramanga gingen bis zu 30.000 Personen auf die Straße²⁵. Aufgrund der Proteste und des Widerstandes konnte Greystar nicht wie geplant mit der Förderung der Edelmetalle beginnen. Mittlerweile untersucht das Unternehmen nach eigenen Angaben die Möglichkeit, Gold und Silber statt im Tagebau unter Tage abzubauen. Dies ist zumindest ein erster Erfolg für die Gegner _ innen des Projektes.

4.3 Peru: Mehr Regulierung durch Regiewechsel?

Die Importe der EU aus Peru bestehen zu 92 Prozent aus Rohstoffen, während 86 Prozent der EU-Exporte nach Peru verarbeitete Güter darstellen²⁶. Bereits 11,6 Prozent des peruanischen Territoriums wird für Bergbau genutzt²⁷. Bei Zinn, Zink, Blei, Gold und Silber ist Peru der größte Produzent in Lateinamerika, bei Kupfer der zweitgrößte. Im Jahr 2009 machte der Bergbausektor 5,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes aus, war für 60 Prozent der Exporteinnahmen verantwortlich und zog 21 Prozent aller ausländischen Direktinvestitionen in Peru an. Beschäftigt sind dort jedoch nicht einmal ein Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung (De Echave 2011: 69). Die transnationalen Konzerne haben aufgrund einer liberalen Steuergesetzgebung in den vergangenen Jahren enorme Gewinne eingefahren. Seit 2006 müssen sie zusätzliche Förderabgaben in Höhe von ein bis drei Prozent bezahlen. Doch selbst das versuchen die Unternehmen zu umgehen, indem sie sich auf ältere Vertragsklauseln berufen, die ihnen jeweils für bestimmte Zeiträume Stabilität bei Steuern und sonstigen Abgaben garantieren. Zwischen Mitte 2004 und 2006 entgingen dem peruanischen Staat auf diese Weise Einnahmen von mehr als 350 Millionen US-Dollar (EvB 2011: 355 f.).

Die Regulierung im Bergbaubereich ist in Peru generell äußerst schwach ausgeprägt. Das Ministerium für Energie- und Bergbau ist bisher sowohl für die Ausweitung als auch die Kontrolle des Bergbausektors verantwortlich. Das heißt, es erteilt die Lizenzen sowie Konzessionen an transnationale Konzerne und bewilligt gleichzeitig die Umweltstudien. Zudem ist es für die Finanzüberprüfung zuständig. Im Jahr 2006 kontrollierte es gerade einmal acht Fälle, von 4.000 vergebenen Konzessionen insgesamt (Padilla 2011b).

Laut der Defensoría del Pueblo (Ombudsstelle) haben 64 Prozent der mehr als 200 sozialen Konflikte in Peru ihren Ursprung im sozio-ökologischen Bereich, die Mehrheit davon wiederum im Bergbau (De Echave 2011: 77). Proteste finden häufig statt und wurden von der Regierung unter Alan García (2006 bis 2011) kriminalisiert. Im Jahr 2009 kam es bei Protes-

ten indigener Gruppen im nordöstlichen Bagua beispielsweise zu schweren gewaltsamen Auseinandersetzungen mit der Polizei, wobei 33 Menschen ums Leben kamen und 200 verletzt wurden. Die Proteste richteten sich gegen den Plan der Regierung, auf indigenen Territorien Bergbau und Ölförderung durchzusetzen.

Mit dem Amtsantritt des gemäßigt linken Präsidenten Ollanta Humala im Juli 2011 sind zumindest einige kleine Schritte in der Bergbaupolitik Perus unternommen worden. Zum einen verabschiedete der Kongress nach jahrelangen Kontroversen ein Gesetz, dass Indigenen ein Recht auf Anhörung und Beteiligung bei geplanten Projekten auf von ihnen bewohnten Territorien zugesteht. Kritiker_innen fordern jedoch, dieses Gesetz auf alle Bevölkerungsgruppen auszuweiten. Zum anderen handelte die neue Regierung mit den Bergbauunternehmen zusätzliche Abgaben von knapp 850 Millionen Euro pro Jahr aus. Auch die Befugnisse im Umweltministerium sollen ausgeweitet werden. Es gibt aber auch besorgniserregende Entwicklungen. So militarisierte die neue Regierung im November und Dezember 2011 die Region Cajamarca, nachdem dort Tausende Bäuerinnen und Bauern gegen das Gold-Kupferbergbauprojekt Conga demonstrierten.

4.3.1 Kupfer aus Peru: Die Bevölkerung vor Ort profitiert nicht

Peru ist nach Chile, das allein für ein gutes Drittel der Produktion verantwortlich ist, der weltweit zweitwichtigste Produzent von Kupfer. Knapp ein Viertel des peruanischen Kupfers wird nach China geliefert, gefolgt von Japan mit knapp 15 Prozent. Auf den Plätzen drei und vier folgen Deutschland mit 8,5 und Italien mit 7,5 Prozent. Kupfer dient unter anderem der Herstellung von Münzen und Rohrleitungen. Knapp die Hälfte des Kupfers wird für Stromkabel verwendet, ein gutes Viertel im Bausektor. Im Jahr 2010 wurden in Peru insgesamt knapp 1,3 Millionen Tonnen aus der Erde geholt, was knapp acht Prozent der Weltproduktion entspricht. Die größten Unternehmen, die in Peru Kupfer fördern, sind Antamina, Cerro Verde, Southern und Xtrata Tintaya. Antamina gehört zu je 33,75 Prozent der aus-

tralischen BHP Biliton und der schweizerischen Xstrata, zu 22,5 Prozent der kanadischen Teck und zu zehn Prozent der japanischen Mitsubishi. Cerro Verde gehört zum US-amerikanischen Bergbaukonzern Freeport-McMoRan Copper & Gold Inc. Southern Copper ist ebenfalls ein US-Konzern.

In der Provinz El Espinar in den südperuanischen Anden, wo Xstrata Tintaya seit 1980 Kupfer abbaut, zeigt sich beispielhaft, dass die lokale Bevölkerung vom Bergbau kaum profitiert. Tintaya war ursprünglich ein staatliches Unternehmen, gehörte zwischenzeitlich zu BHP Biliton und ist seit 2006 eine Tochter der schweizerischen Xstrata. El Espinar umfasst 72 Ortschaften mit knapp 70.000 Einwohner_innen und liegt in der Region Cusco zwischen 3.800 und 4.100 Metern Höhe. In dem Gebiet sind 281 Konzessionen vergeben, die insgesamt fast 188.000 Hektar umfassen (Luque 2011).

El Espinar hat laut offiziellen Zahlen eine Armutsquote von etwa 65 Prozent und liegt damit über dem Durchschnitt von ganz Cusco, wo etwa 51 Prozent der Bevölkerung in Armut leben. Die Quote hat sich in den letzten Jahren nicht verbessert. Die meisten Menschen in El Espinar haben zudem keinen Zugang zu sozialen Basisdienstleistungen wie sauberem Trinkwasser und Elektrizität. Das Wasser ist

vielerorts mit Schwermetallen belastet (ebd.). Dabei schien sich in der Region durchaus etwas zu tun. Aufgrund sozialer Mobilisierungen kam 2003 ein Rahmenabkommen mit Tintaya zu Stande, das damals noch zu BHP Biliton gehörte. Das Abkommen hatte zum Ziel, Entwicklungsprojekte in der Region zu fördern, wie etwa Landwirtschaft, Bildung, Gesundheit und Tourismus. Das Unternehmen zahlt dafür fünf Prozent seines Jahresgewinns und verpflichtet sich darüber hinaus zur Einhaltung bestimmter Menschenrechts- und Umweltstandards. Soziale Organisationen in El Espinar kritisieren jedoch, dass viele der Bestimmungen nicht umgesetzt worden seien und fordern eine Neuaushandlung des Rahmenabkommens (ebd.).

4.3.2 La Oroya: Niemand haftet für Umweltschäden

Die Metallschmelze von La Oroya ist ein besonders negatives Beispiel für die Folgen des Bergbaus und die Verantwortung über die Beseitigung der Schäden²⁸. Der Fall zeigt auch die Bedeutung von Investitionsschutzabkommen auf. Die Ortschaft La Oroya liegt nordöstlich der Hauptstadt Lima auf 3.700 Metern Höhe, nahe der Mine Cerro de Pasco. Die vor mehr als 90 Jah-



PERU: PROTESTE GEGEN DAS BERGBAUPROJEKT CONGA: LAGUNEN PRÄGEN DIE REGION. (FOTO: JAIME HERRERA/LA MULA, WWW.LAMULA.PE)



PERU: SCHLOT DER VERHÜTTUNGSANLAGE IN LA OROYA IM TAL DES MANTARO FLUSSES (FOTO: THOMAS LOHNES/BROT FÜR DIE WELT)

ren errichtete Metallschmelze dient der Verhüttung verschiedener Metalle wie Blei, Zink, Kupfer und Gold aus ihren Erzen. Die Schmelze wurde abwechselnd staatlich und privat betrieben, bis das US-amerikanische Unternehmen Doe Run, das zur Renco Group gehört, diese 1997 vom peruanischen Staat kaufte. Als Doe Run die Konzession erteilt wurde, verpflichtete sich der Konzern vertraglich auf die Erfüllung einer Reihe von Umweltstandards innerhalb von zehn Jahren. Doch die Umsetzung der getroffenen Vereinbarungen ließ auf sich warten. Im Jahr 2004 verlängerte die damalige peruanische Regierung die Frist und tolerierte damit die Fortführung der katastrophalen Umweltverschmutzung durch Doe Run Perú. Die Situation in der 35.000 Einwohnerinnen und Einwohner zählenden Stadt La Oroya ist skandalös. Der gesamte Ort ist von Schwefeldioxid und Schwermetallaltlasten verseucht. Verschiedene Studien haben belegt, dass mehr als 90 Prozent der Kinder von La Oroya erhöhte Blei- und Arsenwerte im Blut aufweisen²⁹. La Oroya gilt laut einer Studie des renommierten Blacksmith Instituts als eine der zehn am stär-

ksten verschmutzten Städte der Welt³⁰. Im Jahr 2009 stoppte Doe Run seine Arbeit in La Oroya - angeblich aufgrund finanzieller Probleme. Seitdem tobt ein Streit mit dem peruanischen Staat. Die Regierung wirft dem Unternehmen vor, den zu Beginn der Übernahme formulierten Vertrag gebrochen und die peruanische Umweltgesetzgebung missachtet zu haben, während Doe Run der Regierung entgegen hält, dass sie ihren eigenen Verpflichtungen bei der Beseitigung von Umweltschäden nicht nachgekommen sei. Mitte 2010 entzog die Regierung Doe Run die Lizenz. Im April 2011 kündigte das Unternehmen an, mit dem Fall vor ein internationales Schiedsgericht zu ziehen. Die Klage basiert auf dem Kapitel über Investitionsschutz im Freihandelsabkommen zwischen Peru und den USA. Doe Run fordert für den Entzug der Lizenz eine Entschädigung von 800 Millionen US-Dollar³¹. Der Fall zeigt eindringlich die Notwendigkeit, Investoren in die Pflicht zu nehmen und dazu auch das völlige Ungleichgewicht zwischen rechtlichem Investitions- und Menschenrechtsschutz anzugehen.

KAPITEL 5

ALTERNATIVEN

Die Beispiele Kolumbien und Peru offenbaren, dass Bergbau und allgemein die Ausbeutung von Rohstoffen häufig sehr negative Begleiterscheinungen für die Menschen und die Umwelt in den Förderländern mit sich bringen. Die Politik zur Sicherung von Rohstoffen, wie sie die EU betreibt, verschärft die Situation noch zusätzlich. Es stellt sich also die Frage, wie die negativen Folgen des Bergbaus verhindert oder minimiert werden können und wie sichergestellt werden kann, dass sowohl das Land insgesamt als auch die direkt betroffene Bevölkerung von den Einnahmen aus der Rohstoffförderung profitiert, beziehungsweise darüber entscheiden kann, ob in ihrer Region überhaupt Bergbau stattfinden soll.

Allem voran ist eine zukünftige Senkung des Rohstoffkonsums unvermeidlich. Dabei müssen die industrialisierten Länder, die mit Abstand am meisten Rohstoffe verbrauchen, vorangehen. Die Recycling-Quoten müssen drastisch erhöht werden, um sich dem Ziel einer Kreislaufwirtschaft anzunähern, in der neue Produkte möglichst effizient aus unbrauchbar gewordenen alten hergestellt werden und weniger neue Rohstoffe benötigt werden. Gleichzeitig müssen Wege gefunden werden, wie die Menschen in ärmeren Ländern ihre Situation verbessern können, ohne den Entwicklungsweg der reichen Länder nachzuahmen, der nicht nachhaltig ist und sich aufgrund der Begrenztheit der natürlichen Ressourcen unmöglich auf den gesamten Planeten übertragen lässt. Die negativen Folgen müssen minimiert werden, während faire Handelsbedingungen dazu beitragen müssen, dass die Menschen in den Förderländern profitieren.

Unternehmen weisen meist daraufhin, dass es verschiedenste Instrumente der freiwilligen Selbstverpflichtung gibt, wie zum Beispiel den „UN Global Compact“. Tatsächlich ist nicht auszuschließen, dass auf Freiwilligkeit basierende Instrumente für punktuelle Verbesserungen sorgen können. Bergbauunternehmen oder Rohstoffimporteure lehnen ihre Verantwortung jedoch vielfach mit Verweis auf die Zuständigkeit des Staates im Abbau Land ab und sehen sich nicht in der Pflicht, solange sie von den oft schwachen und korruptionsanfälligen Institutionen vor Ort nicht belangt werden. Wie die nach wie vor verheerende Umwelt- und Menschenrechtsbilanz zeigt, die zahlreiche im Bergbau tätige Unternehmen aufweisen, reichen freiwillige Kodizes also keineswegs aus. Ein Grund dafür ist das Fehlen von Sanktionsmöglichkeiten (Curtis 2010: 37). Benötigt werden verbindliche Standards und Pflichten für Unternehmen. Statt Corporate Social Responsibility wird eine Corporate Accountability gebraucht. Die Einhaltung von Menschenrechten sowie sozialen und ökologischen Standards darf nicht verhandelbar sein und sollte dementsprechend nicht auf freiwillige Maßnahmen angewiesen sein. Alternativen zu suchen, ist unvermeidlich. Im Folgenden sollen unterschiedliche Ansätze dazu vorgestellt werden: Der New Green Deal, die auf Freiwilligkeit basierende Extractive Industries Transparency Initiative (EITI) zur Offenlegung von Geldzahlungen zwischen Regierungen und Unternehmen, das diesbezüglich verpflichtende Dodd-Frank-Gesetz aus den USA, dessen Prinzipien auch die EU umsetzen will und die begonnene Debatte über eine Überwindung des Extraktivismus in Lateinamerika.

5.1 New Green Deal: Auch ein grüner Kapitalismus braucht Rohstoffe

Seit ein paar Jahren wird angefangen bei Bündnis 90/Die Grünen bis hin zum UN-Umweltprogramm (UNEP)³² über einen ökologischen Umbau der Wirtschaft diskutiert. In Anlehnung an die von Franklin D. Roosevelt in den 1930er Jahren nach der Weltwirtschaftskrise implementierten Wirtschafts- und Sozialreformen in den USA soll der Kapitalismus durch einen New Green Deal ökologisch nachhaltiger und das Wirtschaftswachstum angekurbelt werden. Kritiker_innen wenden ein, dass ein derartiges Konzept die kapitalistische Produktionsweise lediglich auf eine veränderte technologische Basis stelle, an der grundlegenden Zielsetzung, immer mehr Wachstum zu erzeugen, jedoch nichts ändere. Die Anzahl elektrischer Geräte werde weiter ansteigen, aber mit größerer Energieeffizienz (Hirsch 2011: 20).

Es ist offensichtlich, dass auch ein New Green Deal auf dem Verbrauch von Rohstoffen basieren wird. Um den Kapitalismus grüner zu machen sind massive Investitionen in neue Technologien, Energieeffizienz und erneuerbare Energien notwendig. Zwar kann dadurch der Verbrauch fossiler Energieträger wie Erdöl tatsächlich gedrosselt werden. Doch auch die neuen, nach-

haltigeren Technologien sind ohne die Nutzung von Rohstoffen, die vorwiegend in ärmeren Ländern zu finden sind, nicht umsetzbar (Fuhr / Feldt 2010). Beispielsweise wird ein Durchbruch des Elektroautos nicht ohne große Mengen an Lithium für die Batterien möglich sein. Für rohstoffreiche Länder stellt ein New Green Deal an sich keinen Fortschritt dar. Die Nachfrage würde sich zunächst lediglich auf andere Rohstoffe verlagern, ohne dass dadurch jedoch die Produktionsbedingungen und Handelsbeziehungen automatisch fairer würden. Um sich als ökologisch und wirtschaftlich nachhaltige Alternative zu präsentieren, müsste ein New Green Deal die Frage der Rohstoffgerechtigkeit, einer fairen Rohstoff- und Handelspolitik, intensiv in die Diskussionen mit einbeziehen (ebd.).

5.2 Transparenz als erster Schritt: Die Extractive Industries Transparency Initiative (EITI)

Im Jahr 2002 schlossen sich mehrere NRO zu dem Bündnis Publish What You Pay (PWYP) zusammen. Der Grund lag in der Erkenntnis, dass die Rohstoffindustrie durchgehend von mangelnder Transparenz geprägt ist. Die Idee ist einleuchtend: Im Rohstoffsektor tätige Un-



DIE BEVÖLKERUNG WILL MITENTSCHEIDEN: SELBSTORGANISIERTE BEFRAGUNG ZU BERGBAUPROJEKTEN IM CHOCÓ/KOLUMBIEN (FOTO: HUCK/KOLKO)

ternehmen sollen öffentlich vorlegen, welche Zahlungen sie den Staaten, in denen sie aktiv sind, geleistet haben. Sämtliche gezahlte Steuern, Abgaben und Gebühren pro Land und Projekt müssten öffentlich einsehbar sein (EvB 2011: 276 f.). Dadurch sollte eine gewisse Transparenz hergestellt werden, die es der Bevölkerung in den jeweiligen Ländern ermöglicht, Einblick in die Einnahmen der Regierung zu erlangen und von dieser Rechenschaft über die Verwendung der Gelder einzufordern. Auf dem Erdgipfel in Johannesburg Ende 2002 griff die Politik die Idee auf und rief die Extractive Industries Transparency Initiative (EITI) ins Leben. Sie sollte Unternehmen, Regierungen und Zivilgesellschaft zusammenbringen, um die Transparenz im Rohstoffsektor zu erhöhen. Der Beitritt zu EITI ist freiwillig. Länder, die teilnehmen, verpflichten sich zur Offenlegung aller von Rohstoffunternehmen getätigten Zahlungen und der Einnahmen. Ein unabhängiges Auditierungsunternehmen soll dies überprüfen. Durch ein mehrstufiges System erhält ein Land nach ein paar Jahren den Status „EITI-konformes Land“ (Feldt/Müller: 2011: 7). Anfang 2012 gehörten der Initiative 33 rohstoffreiche Länder an, von denen elf Länder den Status „EITI-konform“ erreicht hatten. 17 Industriestaaten unterstützen EITI. Aus Lateinamerika sind bisher nur Guatemala und Peru Mitglieder der Initiative, beide haben den Status von Kandidatenländern. Fast alle namhaften Rohstoffunternehmen beteiligen sich an EITI.

Über die bisherige Bilanz gibt es wenig belastbare Informationen. Beteiligte Akteure betonen, dass sich der Dialog zwischen Bevölkerung, Regierungen und Unternehmen durch die Initiative verbessert habe (EvB 2011: 383). Eine kürzlich erschienene Studie über die Implementierung von EITI in der zentralafrikanischen Region kommt zu dem Ergebnis, dass die Initiative einen ersten wichtigen Schritt zu mehr Transparenz darstelle, aber bei weitem noch nicht ausreichend sei. Demnach seien die Erlöse aus Bergbau und Erdölförderung zwar zum Gegenstand gesellschaftlicher Debatten geworden, die Korruption aber sei mit EITI allein nicht zu bekämpfen (Feldt/Müller 2011: 37 f.f.).

Insgesamt greift EITI zu kurz. Da die Teil-

nahme auf Freiwilligkeit basiert, gibt es keine wirksamen Sanktionsmöglichkeiten. Lediglich der Ausschluss aus der Initiative ist möglich. Auch erfasst EITI nur Zahlungen wie Abgaben und Steuern. Vorherige Zahlungen in der Wertschöpfungskette, etwa bei der Exploration und Lizenzvergabe, werden hingegen nicht offen gelegt (EvB 2011: 383). Sowohl Regierungen als auch Unternehmen wehren sich gegen eine Ausweitung von EITI auf die gesamte Wertschöpfungskette. Daher stellt sich die Frage, ob die Initiative langfristig überhaupt Sinn macht, wenn seitens daran teilnehmender Unternehmen und Regierungen ein business as usual weiterhin möglich ist (Feldt/Müller 2011: 37).

Selbst ein gut funktionierendes EITI würde jedoch lediglich Transparenz schaffen, das heißt vorherige Konsultation der betroffenen Bevölkerung ist damit nicht gewährleistet. Für reale Umverteilung der Einnahmen sind durch die Transparenz allenfalls die Grundlagen geschaffen, um seitens der Zivilgesellschaft in einen Verhandlungsprozess mit immer noch sehr ungleichgewichtigen Einflussmöglichkeiten zu treten.

5.3 Das Dodd-Frank-Gesetz: Verbindliche Vorschriften als Vorbild für die EU?

In den USA wurde die Grundidee von EITI aufgenommen und weiterentwickelt. Im Gegensatz zur auf Freiwilligkeit basierenden Initiative für Transparenz erließ der Kongress im Rahmen der Finanzmarktreform im Juli 2010 den so genannten Dodd-Frank Wall Street Reform and Consumer Protection Act. Der Artikel 1504 des Gesetzes verpflichtet Unternehmen aus dem Rohstoffsektor, die an der US-Börse notiert sind, ihre an ausländische Regierungen getätigten Zahlungen ab dem Geschäftsjahr 2012 Land für Land offenzulegen (Feldt/Müller 2011: 39). Davon betroffen wären acht der zehn größten börsennotierten Bergbaufirmen der Welt sowie 90 Prozent der umsatzstärksten Öl- und Gasfirmen (EvB 2011: 379).

Die US-Börsenaufsicht (SEC) hat die genauen Ausführungsregeln des Gesetzes bis Anfang 2012 noch nicht veröffentlicht, so dass bisher

nicht klar ist, wie viel Transparenz das Gesetz tatsächlich herstellen wird³³. Es ist zum Beispiel noch fraglich, inwieweit Ausnahmen gewährt werden und was passieren soll, wenn nationale Gesetze in den Förderländern eine Veröffentlichung der Daten verbieten. Hier könnte eine Schwachstelle des Gesetzes liegen, etwa wenn derartige Ausnahmen zur Regel würden und Unternehmen Druck auf Staaten ausüben, ein Verbot nachträglich zu etablieren. Dennoch geht von dem Gesetz schon jetzt eine Signalwirkung aus. Es geht aufgrund des verpflichtenden Charakters deutlich weiter als EITI und erhöht den Druck auf andere Regionen und Akteure. Erst durch die Offenlegung der Daten durch die Unternehmen kann ergänzend zu den Daten der Staaten wie beim EITI vorgesehen ein vollständigeres Bild gewonnen werden. Firmen wie etwa der staatliche norwegische Erdölkonzern Statoil, das kanadische Energieunternehmen Talisman Energy oder der US-Bergbaukonzern Newmont Mining legen ihre an ausländische Regierungen getätigten Zahlungen bereits heute offen (EvB 2011: 380). Auch die EU will verbindliche Transparenz-Regeln schaffen. Im Oktober 2011 veröffentlichte die Europäische Kommission einen Vorschlag, alle im EU-Raum ansässigen Rohstoff- und Holzunternehmen dazu zu verpflichten, ihre Zahlungen an Regierungen in Form von Abgaben, Konzessionen und Steuern in Form eines „Country-by-country Reporting“ (CBCR) pro Land und Projekt offen zu legen³⁴. Damit umfasst der Vorschlag der Kommission im Gegensatz zum Dodd-Frank-Gesetz nicht nur börsennotierte Unternehmen. Um die verbreitete Steuervermeidung der Unternehmen zu verhindern wäre es allerdings notwendig, diese zusätzlich zur Offenlegung von Umsätzen, Kosten und Gewinnen pro Land, in dem ein Unternehmen tätig ist, zu verpflichten (Obenland 2011: 15 f).

5.4 Alter Extraktivismus, Neuer Extraktivismus, Post-Extraktivismus? Die Debatte um Alternativen in Lateinamerika

Die Krise des Neoliberalismus hat in Lateinamerika in der vergangenen Dekade die politi-

schen Kräfteverhältnisse verschoben. In fast allen Ländern des Kontinents wählte die Bevölkerung (Mitte)-Linksregierungen, die häufig von sozialen Bewegungen unterstützt werden und in unterschiedlichem Maße mit dem neoliberalen Erbe zu brechen versuchen. Diskursiv am weitesten links stehen Venezuela, Bolivien und Ecuador. In Venezuela wird ein „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ propagiert, in Bolivien ein „plurinationaler Staat“ und in Ecuador eine „Bürgerrevolution“. Ein gesteigertes Selbstbewusstsein gegenüber den transnationalen Konzernen ist jeweils unverkennbar. Vor allem Venezuela und Bolivien haben es geschafft, die staatlichen Einnahmen aus dem Öl- beziehungsweise Gasgeschäft deutlich zu erhöhen, indem sie den Unternehmen höhere Abgaben auferlegten. Auch die Verteilung der Einnahmen innerhalb des Landes hat sich stark verbessert. Die Sozialausgaben wurden ausgebaut, die Armut ging zurück und der Zugang zu Bildung und Gesundheit hat sich innerhalb weniger Jahre verbessert (Weisbrot/Ray/Sandoval 2009, Weisbrot/Ray/Johnston 2009).

Bolivien verfügt im Salzsee Salar de Uyuni über enorme Lithium-Vorkommen. Das Leichtmetall ist für die Herstellung von Lithium-Ionen-Batterien, die für Laptops, Mobiltelefone und zukünftig vielleicht Elektroautos verwendet werden, unverzichtbar. Das Ziel der Regierung von Evo Morales besteht nicht nur darin, einen möglichst hohen Anteil der Einnahmen zu behalten, sondern einen möglichst großen Teil der Wertschöpfungskette in Bolivien zu belassen, das Lithium also vor Ort zu verarbeiten. Zwar kann Bolivien das Leichtmetall nicht ohne ausländisches Know-How im industriellen Maßstab fördern und verarbeiten, aber Firmen sollen ausschließlich als Partner an staatlichen Projekten beteiligt werden.

Doch nicht nur in der Verteilungsfrage, sondern auch dem Umgang mit Mensch und Natur kommen aus Lateinamerika interessante Impulse. Bolivien und Ecuador haben als gesellschaftliches Ziel in ihren neuen Verfassungen die Verwirklichung des „erfüllten Lebens“³⁵ formuliert, Ecuador sogar Rechte der Natur festgeschrieben. Das „gute Leben“ steht dem westlichen Entwicklungsbegriff kritisch gegenüber



KOLUMBIEN: PÁRAMO VON SANTURBÁN, EIN GEFÄHRDETES ÖKOSystem, BEDEUTEND FÜR DEN WASSERHAUSHALT DER REGION (FOTO: BERTRAM DOLL)

und basiert zum Teil auf indigenen Wertvorstellungen³⁶. Doch an der nach wie vor vorhandenen Fixierung auf Rohstoffe regt sich auch Kritik von Links. Der uruguayische Intellektuelle Eduardo Gudynas charakterisiert die neuen Rohstoffpolitiken der progressiven Regierungen als „Neo-Extraktivismus“ und hat damit eine Debatte über die Nachhaltigkeit des extraktiven Wirtschaftsmodells ausgelöst, die in immer mehr Ländern Lateinamerikas aufgenommen wird. Das neue am Neo-Extraktivismus ist dabei laut Gudynas in erster Linie die größere staatliche Kontrolle über die Einnahmen aus den extraktiven Industrien. Diese würde vermehrt für Sozialprojekte verwendet, wodurch jedoch die Abhängigkeit von den Rohstoffen steige. Deren Ausbeutung werde durch die gerechtere Verteilung der Gelder wiederum stärker legitimiert und Kritik daran politisch marginalisiert. Dieser Neue Extraktivismus habe jedoch nur kurzfristige Vorteile (Gudynas 2009: 193 ff.). Anstatt an der Überzeugung festzuhalten, dass möglichst viele Einnahmen aus dem Rohstoffsektor abgeschöpft werden müssten, fordert Gudynas zum Nachdenken über Alternativen zum Extraktivismus auf. In der Debatte um eine Überwindung des Extraktivismus geht es dabei nicht darum, künftig sämtliche Rohstoffförderung zu unterbinden, wohl aber einzuschränken. Gudy-

nas teilt die Ausbeutung von Rohstoffen in drei Typen ein: den plündernden, den behutsamen und den unverzichtbaren Extraktivismus (Gudynas 2011: 199 f.). Der plündernde Extraktivismus ist jener, wie er aktuell stattfindet und der mit hohen sozialen und ökologischen Kosten verbunden ist. Beim behutsamen Extraktivismus werden soziale und umweltrechtliche Normen eingehalten, die Unternehmen entrichten hohe Abgaben und Steuern und es gibt Transparenz. Im Rahmen von Alternativen zum konventionellen Entwicklungsbegriff sei jedoch nur der unverzichtbare Extraktivismus beizubehalten, das heißt der Abbau von Rohstoffen findet nur noch eingeschränkt statt. Damit die jetzigen Rohstoffländer weiterhin über Einnahmen verfügen, sollen zunächst die externen Kosten im Preis der Rohstoffe abgebildet werden und Steuereinnahmen erhöht werden. Sämtliche offene und verdeckte Subventionen für Rohstoffkonzerne müssten abgeschafft werden. Die Rohstoffpolitiken der lateinamerikanischen Länder sollten in die Verhandlungen über regionale Integration mit einbezogen werden, damit transnationale Unternehmen nicht einzelne Staaten gegeneinander ausspielen (ebd.: 205).

Da der Weg zu einem Post-Extraktivismus langwierig sei, gehe es darum, einen Übergang einzuleiten, zu dem zunächst auch eine Erhö-

hung der Kontrolle über die extraktiven Industrien gehöre, wie sie etwa in Venezuela und Bolivien stattgefunden hat. Tatsächlich gibt es in Lateinamerika bereits vereinzelt Beispiele konkreter Projekte, die über den Extraktivismus hinausweisen. In Argentinien verabschiedete der Kongress im Oktober 2010 ein Gesetz zum Schutz der Gletscher, das die Ausbeutung von Rohstoffen in festgelegten Gebieten untersagt und einen Rückschlag für die Lobby-Arbeit großer Bergbaukonzerne darstellt. Ebenso verhält es sich mit dem im November 2010 beschlossenen Verbot aller neuen Projekte des offenen Metall-Tagebaus in Costa Rica als erstem Land in Lateinamerika.

Der bekannteste Vorschlag, der in der Politik diskutiert wird, ist die Yasuní-ITT-Initiative in Ecuador. Im Nationalpark Yasuní im Amazonastiefland lagern in den drei Ölfeldern Ishpingo, Tiputini und Tambococha 846 Millionen Barrel (1 Barrel = 159 Liter) Erdöl, was etwa 20 Prozent der gesamten Reserven des Landes entspricht. Auf Vorschlag des früheren Erdölministers Alberto Acosta will Ecuador das Erdöl im Boden lassen, sofern von internationaler Seite 3,6 Milliarden US-Dollar aufgebracht würden. Dies entspricht etwa der Hälfte der erwarteten Einnahmen, würde Ecuador das Öl fördern (Acosta 2011). Das Geld soll nicht in die Staatskasse, sondern in einen Treuhandfonds fließen, welcher der UN unterstellt ist und aus dem unter anderem alternative Energien und Aufforstungsprojekte gefördert werden sollen. Sollte das Öl wirklich im Boden bleiben, hätte das positive

Auswirkungen für die in dem Gebiet lebenden Indigenen, für die Erhaltung der Biodiversität der Region und das Klima. Ausgerechnet die deutsche Bundesregierung torpediert jedoch das Projekt. Während der Bundestag der Yasuní-Initiative im Jahr 2008 die Unterstützung zugesichert hat, will der aktuelle Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dirk Niebel, die in Aussicht gestellten 50 Millionen Euro jährlich nicht freigeben, sondern widmet sie teilweise zugunsten des auf Marktmechanismen basierenden Emissionshandels REDD (Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degregation) um. Er wolle nicht für das „Unterlassen“ einer Handlung bezahlen und spricht offen davon, einen „Präzedenzfall“ verhindern zu wollen³⁷. Genau diesen wollen die Befürworter _ innen des Projektes jedoch schaffen³⁸. Die Idee ließe sich ebenso auf geplante Bergbau-Projekte anwenden, die als besonders schädlich eingestuft werden.

Die in der Debatte um Post-Extraktivismus diskutierten Ziele sind mit anderen Ansätzen durchaus vereinbar, gehen aber deutlich darüber hinaus. Forderungen nach mehr Transparenz oder die gerechtere Verteilung der Einnahmen aus den Rohstoffgeschäften stehen dem nicht entgegen, sondern sind in dem Zusammenhang sinnvolle Zwischenschritte. Ohne eine radikale Senkung des weltweiten Rohstoffkonsums werden jegliche Versuche, zu einem post-extraktivistischen Modell überzugehen, allerdings im Sande verlaufen.

LITERATUR

Acosta, Alberto (2011): Öl für zehn Tage. Die Schäden der Förderung aber bleiben, unter: <http://www.monde-diplomatique.de/pm/2011/03/11/a0004.text.name,askL6meTx.n,0>, Zugriff: 13. Februar 2012.

Auswärtiges Amt (2010) [Hg.]: Deutschland, Lateinamerika und die Karibik: Konzept der Bundesregierung, unter: <http://www.auswaertiges-amt.de/cae/servlet/contentblob/367294/publicationFile/93965/LAK-Konzept.pdf>, Zugriff: 13. Februar 2012.

BDI (2007): Rohstoffsicherheit: Anforderungen an Industrie und Politik. Ergebnisbericht der BDI-Präsidialgruppe „Internationale Rohstofffragen“, unter: http://www.bdi-online.de/BDIONLINE _ INEAASP/iFILE.dll/XE616E19AFE7C4685BAD3EC61207BD3A4/2F252102116711D5A9C0009027D62C80/PDF/Rohstoffbericht.PDF, Zugriff: 13. Februar 2012.

BDI (2010): Für eine strategische und ganzheitliche Rohstoffpolitik. BDI-Strategiepapier zur Rohstoffsicherheit, unter: http://www.bdi.eu/download _ content/EnergieUndRohstoffe/BDI _ Rohstoffsicherheit.pdf, Zugriff: 13. Februar 2012.

Bleischwitz, Raimund/Pfeil, Florian [Hrsg.] (2009): Globale Rohstoffpolitik. Herausforderungen für Sicherheit, Entwicklung und Umwelt, Baden Baden

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (2010): Rohstoffstrategie der Bundesregierung. Sicherung einer nachhaltigen Versorgung Deutschlands mit nicht-energetischen mineralischen Rohstoffen, unter: <http://www.bmwi.de/Dateien/BMWi/PDF/rohstoffstrategie-der->

[bundesregierung,property=pdf,bereich=bmwi,sprache=de,rwb=true.pdf](http://www.bmwi.de/Dateien/BMWi/PDF/rohstoffstrategie-der-bundesregierung,property=pdf,bereich=bmwi,sprache=de,rwb=true.pdf), Zugriff: 13. Februar 2012.

Bundesregierung (2007): Elemente einer Rohstoffstrategie der Bundesregierung, unter: <http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/E/elemente-rohstoffstrategie,property=pdf,bereich=bmwi,sprache=de,rwb=true.pdf>, Zugriff: 13. Februar 2012.

Council of the European Union (2011): Conclusions on tackling the challenges on raw materials and in commodity markets, http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms _ data/docs/pressdata/en/intm/119744.pdf, Zugriff: 13. Februar 2012.

Curtis, John (2010): The new resource grab: How EU trade policy on raw materials is undermining development, hrsg. von Oxfam Deutschland, Weed, Traidcraft Exchange, AITEC und Comhlámh, http://www2.weed-online.org/uploads/the _ new _ ressource _ grab.pdf, Zugriff: 13. Februar 2012.

De Echave, José (2011): La minería peruana y los escenarios de transición, in: Alayza, Alejandra/Gudynas, Eduardo (Hrsg.): Transiciones. Post extractivismo y alternativas al extractivismo en el Perú, Lima, S.61-92.

Eberhard, Pia (2010): The corporate investment agenda, in Seattle to Brussels Network (S2B): EU Investment Agreements in the Lisbon Treaty Era. A Reader, pp.14f. http://www.s2bnetwork.org/fileadmin/dateien/downloads/eu _ investment _ reader.pdf, Zugriff: 13. Februar 2012.

Erklärung von Bern (EvB 2011) [Hg.]: Rohstoff. Das gefährlichste Geschäft der Schweiz, Zürich.

European Commission (2006): Global Europe. Competing in the World. A contribution to the EU's growth and jobs strategy, http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2006/october/tradoc_130376.pdf, Zugriff: 13. Februar 2012.

European Commission (2008): The Raw Materials Initiative-Meeting - our critical needs for growth and jobs in Europe, <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2008:0699:FIN:en:PDF>, Zugriff: 13. Februar 2012.

European Commission (2009): Raw materials policy 2009 annual report, http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2010/june/tradoc_146207.pdf, Zugriff: 13. Februar 2012.

European Commission (2010a): Critical raw materials for the EU. Report of the ad-hoc Working Group on defining critical raw materials, http://ec.europa.eu/enterprise/policies/raw-materials/files/docs/report-b_en.pdf, Zugriff: 13. Februar 2012.

European Commission (2010b): Trade, growth and world affairs. Trade policy as a core component of the EU's 2020 strategy, http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2010/november/tradoc_146955.pdf, Zugriff: 13. Februar 2012.

European Commission (2011): Tackling the Challenges in Commodity Markets and on Raw Materials, <http://ec.europa.eu/enterprise/policies/raw-ma->

[terials/files/docs/communication_en.pdf](http://ec.europa.eu/enterprise/policies/raw-materials/files/docs/communication_en.pdf), Zugriff: 13. Februar 2012.

European Parliament (2011): Resolution of 13 September 2011 on an effective raw materials strategy for Europe, unter: <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P7-TA-2011-0364&language=EN&ring=A7-2011-0288>, Zugriff: 13. Februar 2012.

Eventon, Ross (2010): Future forms of EU investment competence. The German Modell BIT as a minimum level of protection, in: Seattle to Brussels Network (S2B): EU Investment Agreements in the Lisbon Treaty Era. A Reader, S.22 f., http://www.s2bnetwork.org/fileadmin/dateien/downloads/eu_investment_reader.pdf, Zugriff: 13. Februar 2012.

Feldt, Heidi / Müller, Axel (2011): Transparenz-ein erster Schritt auf dem Weg zur Ressourcengerechtigkeit. Zwischenbilanz der Extractive Industries Transparency Initiative (EITI), hrsg. von Brot für die Welt, misereor und Global Policy Forum Europe, Aachen, Bonn, Stuttgart.

Friends of the Earth Europe (2009): Overconsumption? Our use of the world's natural resources, http://www.foeeurope.org/publications/2009/Overconsumption_Sep09.pdf, Zugriff: 13. Februar 2012.

Fritz, Thomas (2010): The Second Conquest. The EU Free Trade Agreement with Colombia and Peru, http://fdcl-berlin.de/fileadmin/fdcl/Publikationen/EU_Trade/TheSecondConquest_ThomasFritz_FDCL_TNI_Oct2010.pdf, Zugriff: 13. Februar 2012.

Fuhr, Lilly / Feldt, Heidi (2010): Ökologische Transformation und neue Abhängigkeiten – Droht dem Green New Deal ein neuer Fluch der Ressourcen?, unter: <http://www.boell.de/oekologie/ressourcen/ressourcenpolitik-oekologie-green-new-deal-ressourcen-abhaengigkeit-10433.html>, Zugriff: 13. Februar 2012.

Gudynas, Eduardo (2009): Diez Tesis urgentes sobre el Nuevo Extractivismo. Contextos y demandas bajo el progresismo sudamericano actual, in: CAAP y CLAES: „Extractivismo, Política y Sociedad“, Quito, S.187-225

Gudynas, Eduardo (2011): Caminos para las transiciones post-extractivistas, in: Alayza, Alejandra/Gudynas, Eduardo (Hrsg.): Transiciones. Post extractivismo y alternativas al extractivismo en el Perú, Lima, S.187-216.

Hirsch, Joachim (2011): Ein grüner Kapitalismus? Auch das neue Modell Deutschland ist eine expansive Wachstumsökonomie, in: iz3w 327, S.19-21.

Holguín, Gloria (2011): La minería de Carbón en Colombia. Impactos y Desafíos, Vortrag auf der Tagung Rohstoffe aus dem Andenraum für Deutschland, 26. Oktober 2011, Berlin, download unter: <http://land-grabbing.de/triebkraefte/bergbau/dokumentation-fachtagung-bergbau/vortraege-der-referentinnen-zum-download/>, Zugriff: 13. Februar 2012.

Luque, Ruth (2011): El Caso Xtrata Tintaya y la Minería en Espinar-Cusco, Vortrag auf der Tagung Rohstoffe aus dem Andenraum für Deutschland,

26. Oktober 2011, Berlin, download unter: <http://land-grabbing.de/triebkraefte/bergbau/dokumentation-fachtagung-bergbau/vortraege-der-referentinnen-zum-download/>, Zugriff: 13. Februar 2012.

Maes, Marc (2010): The Lisbon Treaty and the new EU Investment Competence, in: Seattle to Brussels Network (S2B): EU Investment Agreements in the Lisbon Treaty Era. A Reader, pp.12f., http://www.s2bnetwork.org/fileadmin/dateien/downloads/eu_investment_reader.pdf, Zugriff: 13. Februar 2012.

Obenland, Wolfgang (2011): Country-by-Country Reporting. Länderbezogene Offenlegungspflichten für Unternehmen – ein Beitrag zur Stärkung der öffentlichen Finanzen in Entwicklungsländern, hrsg. von Misereor, Global Policy Forum, Brot für die Welt, unter: http://www.brot-fuer-die-welt.de/downloads/fachinformationen/Arbeitspapier_Country-by-Country.pdf, Zugriff: 13. Februar 2012.

Paasch, Armin (2011): Neue Handelsstrategie: Global Europe aufgerüstet. Harte Forderungen und wohlfeile Ankündigungen, in: *Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung (W&E)*, Luxemburg, W&E 01/Januar 2011.

Padilla, César (2011a): América Latina, proveedor de recursos minerales, Vortrag auf der Tagung Rohstoffe aus dem Andenraum für Deutschland, 26. Oktober 2011, Berlin, download unter: <http://land-grabbing.de/triebkraefte/bergbau/dokumentation-fachtagung-bergbau/vortraege-der-referentinnen-zum-download/>, Zugriff: 13. Februar 2012.

Padilla, César (2011b): Minería en Perú. Pobreza e Injusticia en medio de la Abundancia, Vortrag auf der Tagung Rohstoffe aus dem Andenraum für Deutschland, 26. Oktober 2011, Berlin, download unter: <http://land-grabbing.de/triebkraefte/bergbau/dokumentation-fachtagung-bergbau/vortraege-der-referentinnen-zum-download/>, Zugriff: 13. Februar 2012.

Reis, Bettina (2009): Nicht nur Klimakiller. Der Kohlebergbau in Kolumbien, in: *ila* 329, S.18-20.

Third World Network (2009): Benefits of Export Taxes, unter: www.twinside.org.sg/title2/par/Export_Taxes.doc, Zugriff: 13. Februar 2012.

Trade Agreement between the European Union [and its Member States] and Colombia and Peru, http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2011/march/tradoc_147704.pdf, Zugriff: 13. Februar 2012.

Weisbrot, Mark / Ray, Rebecca / Sandoval, Luis (2009): The Chávez Administration at 10 Years: The Economy and Social Indicators, unter: <http://www.cepr.net/documents/publications/venezuela-2009-02.pdf>, Zugriff: 13. Februar 2012.

Weisbrot, Mark / Rebecca Ray /Johnston, Jake (2009): Bolivia: The Economy During the Morales Administration, unter: <http://www.cepr.net/documents/publications/bolivia-2009-12.pdf>, Zugriff: 13. Februar 2012.

WTO (2010): World Trade Report 2010. Trade in Natural Resources, http://www.wto.org/english/res_e/booksp_e/anrep_e/world_trade_report10_e.pdf, Zugriff: 13. Februar 2012.

Zelik, Raul (2009): Die kolumbianischen Paramilitärs. „Regieren ohne Staat?“ oder terroristische Formen der Inneren Sicherheit, Münster 2009.

ENDNOTEN

- 1** Die eigene Produktion von Metallen in der EU beträgt zum Beispiel gerade einmal drei Prozent der Weltproduktion. Dies bedeutet, dass etwa 48 Prozent des in der EU gebrauchten Kupfers, 64 Prozent des Zinkerzes und Bauxits sowie 78 Prozent des Nickels importiert werden. Bei Kobalt, Platin, Titan und Vanadium wird der gesamte Bedarf importiert.
- 2** Siehe: http://ec.europa.eu/europe2020/index_en.htm Zugriff: 13. Februar 2012.
- 3** Die 14 als kritisch eingestuften Mineralien und Metalle sind: Antimon, Beryllium, Kobalt, Flussspat, Gallium, Germanium, Graphit, Indium, Magnesium, Niobium, Platinmetalle, seltene Erden, Tantal und Wolfram.
- 4** Vgl.: <http://www.handelsblatt.com/politik/international/merkel-besiegelt-rohstoff-deal-mit-mongolei/4748992.html>, Zugriff: 13. Februar 2012.
- 5** Vgl.: <http://www.sueddeutsche.de/politik/bundesregierung-schliesst-abkommen-mit-kasachstan-merkel-hebt-den-schatz-aus-der-steppe-1.1278456>, Zugriff: 13. Februar 2012.
- 6** Seltene Erden sind eine Gruppe von 17 Metallen, die für zahlreiche elektronische Produkt wie zum Beispiel Windkraftanlagen oder Plasma-Fernseher verwendet werden. Derzeit stammen 97 Prozent der Weltproduktion seltener Erden aus China. Aber auch in anderen Regionen wie Australien, Grönland oder den USA gibt es stattliche Vorkommen, die allerdings teilweise aufgrund mangelnder Rentabilität und Umweltbeschränkungen nicht gefördert werden.
- 7** Vgl: Anforderungen an eine zukunftsfähige Rohstoffstrategie. Stellungnahme zivilgesellschaftlicher Organisationen zur Rohstoffstrategie der Bundesregierung, unter: http://power-shift.de/wordpress/wp-content/uploads/2010/10/Anforderungen_an_eine_zukunftsfähige_RohstoffstrategieM%C3%A4rz2011kl.pdf, Zugriff: 13. Februar 2012.
- 8** Eine Übersicht der Mitgliedsverbände findet sich hier: <http://www.bdi.eu/Uebersicht-aller-Mitgliedsverbände.htm>, Zugriff: 13. Februar 2012.
- 9** Vgl.: <http://www.bdi.eu/Ueber-uns.htm>, Zugriff: 13. Februar 2012.
- 10** Der Begriff kommt ursprünglich aus den Niederlanden: Als dort in den 1960er Jahren Gasbestände in der Nordsee entdeckt wurden, ging die Wettbewerbsfähigkeit anderer Wirtschaftssektoren zurück.
- 11** Das BIT mit Peru trat 1997 in Kraft. Mit Kolumbien verhandelt die Bundesregierung zurzeit. Eine Auflistung sämtlicher von Deutschland geschlossener BITs findet sich unter: <http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/B/bilaterale-investitionsfoerderungs-und-schutzvertraege-IFV,property=pdf,bereich=bmwi,sprache=de,rwb=true.pdf>, Zugriff: 13. Februar 2012.
- 12** Siehe Analyse und Reformvorschläge in: http://www.brot-fuer-die-welt.de/downloads/fachinformationen/tnu_lateinamerika.pdf, Zugriff: 13. Februar 2012.
- 13** Siehe auch: http://www3.gkke.org/fileadmin/files/downloads-allgemein/GKKE_55_Kohärenzbericht.pdf, Zugriff: 13. Februar 2012.
- 14** Vgl.: <http://www.olca.cl/ocmal/>, Zugriff: 13. Februar 2012.
- 15** In den Verhandlungen über so genannte Wirt-

schaftspartnerschaftsabkommen (EPAs) zwischen der EU und den überwiegend armen AKP-Staaten (ehemalige Kolonien aus Afrika, der Karibik und dem Pazifik) spielen Rohstoffe eine wichtige Rolle. Die Verhandlungen, die bereits 2002 begonnen hatten, sollten eigentlich 2007 abgeschlossen sein. Bisher unterzeichnete die EU allerdings nur ein umfassendes Abkommen mit dem Karibischen Forum (CARIFORUM). Ein paar einzelne Länder haben zudem Übergangsabkommen unterzeichnet. Eines der umstrittensten Themen in den Verhandlungen ist das Recht, Exportsteuern anzuwenden. Die EU versucht die Möglichkeit auf wenige Ausnahmesituationen zu beschränken (Curtis 2010: 19).

- 16** Mitglieder der Andengemeinschaft sind Bolivien, Kolumbien, Ecuador und Peru. Venezuela hat 2006 seinen Austritt verkündet, der 2011 in Kraft trat.
- 17** Vgl.: http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2006/september/tradoc_113367.pdf, Zugriff: 13. Februar 2012.
- 18** Vgl.: http://www.kolko.de/downloads/Aide_Memoire_Kolumbien_dt.pdf, Zugriff: 13. Februar 2012.
- 19** Vgl.: <http://www.conflictosmineros.net/contenidos/10-colombia/7387-casi-la-mitad-de-colombia-la-piden-las-multinacionales-mineras>
- 20** Gegen einige enge Vertraute von Ex-Präsident Uribe wird heute ermittelt oder sie sitzen in Untersuchungshaft. Wegen der illegalen Aktivitäten des Geheimdienstes DAS musste sich der Ex-Präsident vor einem Ausschuss des Kongresses rechtfertigen, die Anhörungen dort sind noch nicht abgeschlossen. Gegen mehr

als 150 ehemalige und amtierende Kongressabgeordnete, mehrheitlich aus der Koalition des ehemaligen Präsidenten Uribe, wurden im Rahmen des Para-Politik-Skandals Ermittlungen eingeleitet. Über 20 Beschuldigte wurden bisher verurteilt.

- 21** Zumindest in den Sommermonaten 2011 rutschte Kolumbien sogar auf den ersten Platz.
- 22** Vgl.: <http://www.imcportal.com/contenido.php?option=shownews&newsid=6754&render=page>, Zugriff: 13. Februar 2012.
- 23** http://www.olca.cl/ocmal/ds_conf.php?nota=Conflicto&p_busca=78, Zugriff: 13. Februar 2012.
- 24** <http://www.reclamecolombia.org/index.php/component/content/article/34-opinion/163-el-proyecto-minero-en-santurban-sus-impactos-economicos-y-ambientales-y-la-lucha-para-detenerlo>, Zugriff: 13. Februar 2012.
- 25** Vgl.: <http://www.caracol.com.co/nota.aspx?id=1431512>, Zugriff: 13. Februar 2012.
- 26** Vgl.: http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2006/september/tradoc_113435.pdf, Zugriff: 13. Februar 2012.
- 27** Vgl.: <http://www.minem.gob.pe/descripcion.php?idSector=1&idTitular=2278>, Zugriff: 13. Februar 2012.
- 28** Vgl.: http://www.olca.cl/ocmal/ds_conf.php?nota=Conflicto&p_busca=11, Zugriff: 13. Februar 2012.
- 29** Vgl.: http://www.upr-info.org/IMG/pdf/InternationalAssociationforEnvironmentalDefense_Peru_Joint_submission_Add_2_2008.pdf, S. 1, Zugriff: 13. Februar 2012.
- 30** Vgl.: http://www.worstpolluted.org/projects_reports/display/41, Zugriff: 13. Februar 2012.

- 31** <http://www.conflictosmineros.net/contenidos/19-peru/7145-doe-run-exige-us800-millones-de-indemnizacion-al-estado-peruano>, Zugriff: 13. Februar 2012.
- 32** Siehe: <http://www.unep.org/documents.multilingual/default.asp?documentid=548&articleid=5957&l=en>, Zugriff: 13. Februar 2012.
- 33** Vgl.: <http://www.sec.gov/spotlight/dodd-frank.shtml>, Zugriff: 13. Februar 2012.
- 34** Vgl.: http://ec.europa.eu/internal_market/securities/transparency/index_en.htm und http://ec.europa.eu/internal_market/accounting/sme_accounting/review_directives_en.htm, Zugriff: 13. Februar 2012.
- 35** In Bolivien ist von *buen vivir*, in Ecuador von *vivir bien* die Rede.
- 36** Eine Übersicht über das Konzept kann an dieser Stelle nicht geleistet werden. Für eine deutschsprachige Einführung siehe: Fatheuer, Thomas: Eine kurze Einführung in Lateinamerikas neue Konzepte zum guten Leben und zu den Rechten der Natur, unter: http://www.boell.de/downloads/Endf_Buen_Vivir.pdf, Zugriff: 13. Februar 2012.
- 37** Vgl. Kommentar von Dirk Niebel: <http://www.taz.de/Debatte-Klimaschutz/!78723/>, Zugriff: 13. Februar 2012.
- 38** Vgl. die Erwiderung von Alberto Acosta: <http://www.taz.de/Debatte-Die-Yasuni-Initiative/!78754/>, Zugriff: 13. Februar 2012.



„Brot für die Welt“ ist eine Hilfsaktion der evangelischen Landes- und Freikirchen in Deutschland. Sie ist Teil der Ökumenischen Diakonie, eines Arbeitsbereiches des Diakonischen Werks der Evangelischen Kirche in Deutschland. Mit Unterstützung von kirchlichen, kirchennahen und säkularen Partnerorganisationen leistet „Brot für die Welt“ in mehr als 1.000 Projekten in Afrika, Asien, Lateinamerika und Osteuropa Hilfe zur Selbsthilfe. Thematische Schwerpunkte sind dabei Ernährungssicherung, Bildung und Gesundheit, Frieden und Menschenrechte sowie HIV/Aids. Durch seine Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit in Deutschland und Europa versucht „Brot für die Welt“ darüber hinaus, politische Entscheidungen im Sinne der Armen zu beeinflussen und die Öffentlichkeit für deren Nöte zu sensibilisieren.

— Mehr Informationen: www.brot-fuer-die-welt.de



Das Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e.V. (FDCL) ist seit 1974 als Informations- und Kommunikationszentrum weit über die Grenzen Berlins hinaus Anlaufstelle und Treffpunkt für Menschen und Gruppen, die sich über Lateinamerika informieren oder zu bestimmten Themen engagieren wollen. Diverse Projekte, politische Initiativen, Länderkomitees, MigrantInnengruppen und lateinamerika-bezogene Medienprojekte arbeiten unter dem Dach des FDCL. Mit unserem Archiv leisten wir seit der Gründung des Vereins im Jahre 1974 einen kontinuierlich kritischen Beitrag zur Dokumentation der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen in Lateinamerika und dessen Beziehungen zu den Ländern des „Nordens“. Das FDCL hat eine internationalistische Grundorientierung und versteht sich als Teil der bundesdeutschen Solidaritäts- und der weltweiten globalisierungskritischen Bewegung. Mit dem regionalen Fokus Lateinamerika/Karibik beschäftigen wir uns zum Beispiel mit den verschiedenen Aspekten der Globalisierung und den internationalen Rahmenbedingungen für Entwicklung im Kontext des so genannten Nord-Süd-Verhältnisses. Eintreten für die politisch-bürgerlichen wie die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte ist seit jeher ein zentrales Anliegen der Arbeit des FDCL. — Mehr Informationen: www.fdcl.org



FIAN, das Food First Informations- und Aktions-Netzwerk, kämpft für die Verwirklichung des Menschenrechts auf Nahrung. FIAN hat aktuell Mitglieder in über 60 Ländern auf allen fünf Kontinenten. In 18 Ländern bestehen nationale Vertretungen. Weltweit unterstützt FIAN Opfer von Verletzungen des Rechts auf Nahrung bei der Verteidigung ihrer Rechte. Bei den Vereinten Nationen hat FIAN Beraterstatus.

FIAN ist eine basisorientierte Mitgliederorganisation und unabhängig von politischen und konfessionellen Gruppen, Parteien, Regierungen und Ideologien.

FIAN arbeitet seit vielen Jahren zu Menschenrechtsverletzungen durch große Bergbauprojekte. Aktuell liegt der Schwerpunkt auf Kohleimporten aus Kolumbien nach Deutschland. — Mehr Informationen: www.fian.de



Die Kampagne „Bergwerk Peru – Reichtum geht, Armut bleibt“ wurde im Jahr 2003 gegründet und ist ein Bündnis aus 16 deutschen Gruppen und Organisationen mit Peru-Bezug. Sie kommen aus der Entwicklungszusammenarbeit und kirchlichen Partnerschaftsarbeit, der Humanitären Hilfe, sowie der entwicklungspolitischen Bildungs-, Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit. Das zentrale Ziel der Kampagne ist die Verbesserung der Situation der Menschen und der Umwelt in den peruanischen Rohstoffabbaugebieten – durch Informations- und Lobbyarbeit hier und durch Unterstützung von Gruppen dort. Denn in Peru ist die extraktive Industrie wesentlicher Exportfaktor und zugleich einer der großen Konfliktverursacher. Menschenrechte werden verletzt, Lebensgrundlagen zerstört, die Umwelt wird geschädigt, Wasser, Land und Luft vergiftet. — Mehr Informationen: www.kampagne-bergwerk-peru.de



kolko – Menschenrechte für Kolumbien e.V. ist ein unabhängiger und gemeinnütziger Verein, der sich für die Wahrung aller grundlegenden Menschenrechte in Kolumbien einsetzt. Wir arbeiten eng mit zivilgesellschaftlichen kolumbianischen Organisationen zusammen, welche die Menschenrechte in den Mittelpunkt ihrer Bemühungen stellen. Zur Menschenrechtssituation in Kolumbien leistet kolko Öffentlichkeits- und Informationsarbeit. Durch Gespräche mit politischen Entscheidungsträgern verschaffen wir den Stimmen von MenschenrechtsaktivistInnen, Friedensgemeinden und Opfern von Menschenrechtsverletzungen Gehör. In Kolumbien bleiben fast alle Menschenrechtsverletzungen bisher straffrei. Trotz Drohungen setzen sich viele Menschen für ein Leben in Würde ein. Menschenrechtsorganisationen spielen in Kolumbien eine wichtige Rolle beim Schutz der zivilen Freiräume. Internationale Aufmerksamkeit und politische Unterstützung trägt wesentlich zu ihrem Schutz bei, so dass sie ihre Arbeit fortsetzen können. Dazu leistet die Arbeit von kolko e.V. einen Beitrag. — Mehr Informationen: www.kolko.de





Bergbau-Boom mit Nebenwirkungen

Rohstoffsicherung für Deutschland und die EU - Probleme in Kolumbien und Peru

Tobias Lambert | Berlin, Februar 2012

ISBN 978-3-923020-57-7